

# BULLETIN

NUMMER 2 | JUNI 2020



- 
- \* 4 Frauen\*streik - Keine (Frau\*) wenige
  - \* 8 Gemeinderat - Grüne Stärke \*
  - \* 12 Kantonsrat - Steuersenkungen \*
  - \* 20 Steuerreferendum - Erfolgreiche Niederlage \*
  - \* 21 Steuerwettbewerb - Zuger Angola Connection \*
-

## 2 Inhaltsverzeichnis

### 3 Editorial

Lernen aus Corona

### 4 Frauen\*streik

Keine (Frau\*) weniger

### 6 Wirtschaftslage

Weltwirtschaft nach Corona

### 8 Gemeinderat

Grüne Stärke

### 11 Nationalrat

Parlament in der Epidemie

### 12 Kantonsrat

Steuersenkungen

### 14 Flucht

Auf uns selbst gestellt

### 17 Junge Alternative

Corona anderswo

### 18 Initiative

Verantwortung übernehmen

### 20 Steuerreferendum

Erfolgreiche Niederlage

### 21 Steuerwettbewerb

Zuger Angola Connection

### 22 Stadt

Grün wäre möglich

### 24 Grünspecht

Elend der rechten Demagogen

### 25 Service

Gestreift

Kino

Veranstaltungen

Adressen

Impressum

### «Mission statement»

Das BULLETIN ist eine unabhängige Kommunikationsplattform des alternativen Zug und wird von folgenden Gruppen getragen:

Alternative – die Grünen Baar

Alternative – die Grünen Menzingen

Alternative – die Grünen Unterägeri

Alternative – die Grünen Stadt Zug

Alternative – die Grünen Zug

Forum Oberägeri

Grünes Forum Hünenberg

Grüne Risch-Rotkreuz

Grüne Steinhausen

Krifo Alternative Cham

Das BULLETIN setzt sich mittels seiner Publikationen ein für die Förderung und den Erhalt von Lebensqualität im Sinne von:

- Soziale Gerechtigkeit, Schutz von sozial Benachteiligten
- Ökologische Nachhaltigkeit, Schutz von Lebensräumen und der Natur

- Gleichwertigkeit von Geschlecht und Rasse
- Verantwortung des Einzelnen gegenüber der Gesellschaft und Verantwortung der Gesellschaft gegenüber dem/der Einzelnen.

Die Redaktion recherchiert zu politischen und gesellschaftlichen Themen nach bestem Wissen und Gewissen. Sie nimmt aktuelle Themen der alternativen Gruppierungen aus den einzelnen Zuger Gemeinden auf. Das BULLETIN fördert das politische Bewusstsein der Bevölkerung und trägt zur Meinungsbildung bei. Autorinnen und Autoren der BULLETIN-Beiträge sind frei in ihrer Meinungsäußerung.

**Redaktion und Herausgeberverein**  
«Das BULLETIN»

### Titelbild

Das Titelbild zeigt eine Fotografie aus dem Corona-bedingten provisorischen Tagungsort des Kantonsrates. Der Filzteppich hat hoffentlich keine symbolische Bedeutung.  
Foto Andreas Busslinger

# Lernen aus Corona

Luzian Franzini Zug, Kantonsrat ALG

*Die Art und Weise, wie wir Zuger\*innen die Corona-Krise erlebt haben, könnte wohl kaum unterschiedlicher sein. Während sich Junge ohne Betreuungspflichten bereits nach wenigen Tagen mit ausgefallenen Brotback Rezepten zu beschäftigen versuchten, verlangte die Krise von anderen Menschen viel ab. Gerade für Alleinerziehende und Familien gestalteten sich die Wochen belastend.*

*Mittlerweile kehrt eine gewisse Normalität zurück und es stellt sich die Frage nach den längerfristigen Auswirkungen dieser Pandemie. So prophezeite beispielsweise der slowenische Philosoph Slavoj Zizek, dass das Coronavirus unsere grundlegende Einstellung zum Leben verändern werde, kein Stein bleibe auf dem anderen. Auch der Begriff der Systemrelevanz hat eine neue Bedeutung erhalten. Trotz ihrer riesigen Löhne ist es nicht der Rohstoffspekulant, der Immobilienverwalter oder der Kryptowährung-Fondsmanager, die essenziell für das Funktionieren unserer Gesellschaft sind. Es ist die Kassiererin in der Migros, die Pflegefachfrau im Altersheim oder Spital oder die Kinderbetreuerin. Wenn diese Menschen auf einen Schlag nicht mehr da wären, da wäre unsere arbeitsteilige Gesellschaft nicht mehr überlebensfähig. Paradoxerweise sind genau das die Jobs, welche unter schlechten Arbeitsbedingungen leiden, unregelmässige Arbeitszeiten aufweisen und auch überdurchschnittlich oft von Migrant\*innen ausgeübt werden.*

*Diese Krise zeigt Ungleichheiten aufgrund von Herkunft oder Geschlecht schonungslos auf. Schon vor dem Virus waren diejenigen überlastet und gestresst, die sich unbezahlt um Kinder, Alte und Kranke kümmern, auch auf*



*Kosten ihrer eigenen finanziellen Absicherung. Diese Care-Arbeit wurde bereits vor der Schliessung von Kitas und Schulen zum größten Teil von Frauen\* getragen, so leisten Frauen\* jedes Jahr unbezahlte Care-Arbeit im Umfang von fast 100 Milliarden Franken. Der Lockdown hat auch die Schwächen unserer hochgradig vernetzten Welt aufgezeigt. Auf Profit und Echtzeit Lieferung getrimmte Lieferketten brechen bei Lockdowns zusammen. Das Gesundheitssystem in Ländern, welche in den letzten Jahren Sparpolitik betrieben haben, konnte die Krise viel schlechter bewältigen, privatisierte Gesundheitswesen versagten gar total. Im direkten Gespräch bekomme ich den Eindruck, dass diese Krise für viele eine Zäsur darstellt. Ich bin vielleicht ein unverbesserlicher Optimist, aber ich glaube doch, dass von dieser Krise auch etwas Positives zurückbleiben kann.*

*Indem beispielsweise in den Quartieren öffentliche Gemeinschaftsbüros eingerichtet würden und Unternehmen mehr Flexibilität zeigten, könnte auch nach Covid-19 vermehrt dezentral gearbeitet werden. Die Entschleunigung und eine massvollere Mobilität könnten längerfristig die Pendlerströme reduzieren. Beim diesjährigen Sommerurlaub wird der einen oder anderen Schweizer\*in der massive Gletscherschwund und die Veränderung in den Alpen bewusst. Und beim Entdecken von Schweizer Städten würde sich wohl auch der eine oder andere autofreie Innenstädte wünschen. In Zeiten des Umbruchs wird Undenkbares plötzlich denkbar. Denn in den letzten Wochen und Monaten zeigte sich auch, wie schnell und grundlegend sich eine Gesellschaft ändern kann, wenn sie will und sich von wissenschaftlichen Erkenntnissen leiten lässt. ■*

# Keine (Frau\*) weniger

Julia Küng

4 Über 600 Demonstrant\*innen auf den Strassen in Zug, die Stille während Frauen\* von ihren Erfahrungen mit Diskriminierung erzählen und das fröhliche Beisammensein auf dem Landsgemeindeplatz bis spät in die Nacht. Der 14. Juni 2019 war einer der beeindruckendsten Tage in meinem Leben. Sogar Bänke aufräumen hat an diesem Abend Spass gemacht. Mich erfüllte das Gefühl einer starken Gemeinschaft, das Gefühl, vielleicht gerade wirklich ein bisschen die Welt verändert zu haben.

Unser Protest blieb nicht folgenlos: Die nationalen Wahlen im Herbst 2020 waren von der violetten Welle genauso geprägt wie von der grünen. Wir konnten für Zug erstmals eine Frau\* nach Bern schicken, und der Anteil der gewählten Frauen\* im Nationalrat ist von 32 Prozent auf 42 Prozent gestiegen. Das reicht



noch lange nicht – aber es ist ein Schritt in eine feministischere Welt. Die letzten Monate haben jedoch mehr denn je gezeigt, dass wir noch lange nicht am Ziel sind. Das Patriarchat ist hartnäckig. In Zug ist ein Gleichstellungsbüro immer noch keine Selbstverständlichkeit und laut der Zuger Fachstelle für Statistik verdienen Frauen\* bei gleicher Arbeit und Ausbildung bis zu 26 Prozent weniger als Männer\*.

## Krisen verstärken Ungleichheit

Auch die Covid-19-Krise verdeutlicht die Ungleichheiten in unserer Gesellschaft: Frauen\* tragen die Krise als Pfleger\*innen, Verkäufer\*innen und Kinderbetreuer\*innen auf ihren Schultern. Sie sind nicht nur schlechten Arbeitsbedingungen ausgesetzt, sie müssen auch zuhause für Kinderbetreuung sorgen. Denn 61 Prozent der unbezahlten Care-Arbeit wird – in normalen Zeiten – immer noch von Frauen\* geleistet. Es ist anzunehmen, dass es während der Krise mehr war. Möglichst immer zuhause zu bleiben, war und ist zudem für viele Frauen\* gefährlich, da sie dort häuslicher Gewalt ausgesetzt sind.

## Immer wieder am 14. Juni

Schon vor einem Jahr war klar: Der Frauen\*streik 2019 soll kein einmaliges Ereignis bleiben. Wir müssen weiterkämpfen und weiter streiken, bis wir endlich Gleichstellung erreicht haben. Dieses Jahr wurde wegen der Pandemie auf Grossdemonstrationen und Strassenfeste verzichtet. Aber wir verzichteten nicht darauf, nach draussen zu gehen, unsere Forderungen kundzutun und uns zusammenzuschliessen. Überall in der Schweiz wurden Wege gesucht, trotz der ausserordentlichen Lage für Gleichstellung zu kämpfen. In Zürich zum Beispiel gab es auf einer Streikroute durch die ganze Stadt viele verschiedene Aktionen, von der Liegestuhlblockade zum gemeinsamen Singen. In Zug hat das Frauen\*streik-Kollektiv einen Frauen\*rundgang durch die Stadt auf die Beine gestellt. Dieser stand vom 14. bis am 28. Juni



und konnte jederzeit allein oder mit Freund\*innen begangen werden. Die 10 Posten behandeln verschiedene feministische Themen vom Pflegealltag, über Frauen\* der Geschichte bis zu Gewalt an Frauen\*. Wir waren alle Feuer und Flamme und haben fleissig recherchiert, geschrieben und gestaltet. Zwei mutige Pflegefachfrauen mit Kindern berichteten von ihrem Alltag. Bei mir wurde der Rundgang schon da sehr emotional. Der Bericht der einen Frau endet mit den Worten: «Wo jeder Tag 17 Stunden Arbeit bereithält und auch die Nacht nicht ohne Unterbrüche ist – da ist es nur eine Frage der Zeit, bis einem der Atem wegbleibt.» Mir blieb der Atem nur schon beim Lesen weg.

## Männergewalt als häufigste Todesursache der Frau

Ich habe unter anderem für das Plakat zum Thema «Gewalt an Frauen\*» recherchiert. Ein ganzes Wochenende lang sass ich vor meinem Computer, hab Studie um Studie gelesen und war geschockt. Ich las, wie viele Frauen\* ermordet, verstümmelt oder verschleppt werden. Allein in der Schweiz tötet alle zwei Wochen ein Mann\* eine Frau\*. Gewalt ist



weltweit die häufigste Todesursache für Frauen\* zwischen 16 und 44 Jahren, noch vor Krebserkrankungen und Verkehrsunfällen. In der Schweiz musste ausserdem schon jede 10. Frau\* Sex gegen ihren Willen erleben. Das sind nicht Einträge in irgendeiner Statistik: Hinter diesen Zahlen stehen echte Leben, echte Erlebnisse und Prägungen. Mir kamen beim Recherchieren die Tränen, ich war wütend und fühlte mich machtlos angesichts dieser Ungerechtigkeiten. Gewalt an Frauen\* ist nichts Neues für mich, ich kenne meine Geschichten und die meiner Freund\*innen. Aber dass weltweit so viele von uns dasselbe erleben, war für mich kaum auszuhalten. Das einzige, was mir geholfen hat, war das Lied «Canción sin miedo» (furchtloses Lied) der mexikanischen Künstlerin und Feministin Vivir Quintana. Ich habe es zufällig auf YouTube gefunden. Während meiner Recherche und danach habe ich es in Dauerschleife gehört und wenn es nicht lief, habe ich es, wie ein Mantra in meinem Kopf, wiederholt. Die Stimme ist kraftvoll, der Songtext kämpferisch, doch was mir am meisten geholfen hat, war das Gefühl, nicht allein zu sein.

### Solidarität weltweit

Es stärkte mich, zu wissen, dass auf der anderen Seite des Atlantiks Frauen\* an meiner Seite stehen und mit mir gegen das Patriarchat kämpfen. Das Lied ist im Kontext der starken «Ni una menos» (Keine (Frau\*) weniger)-Bewegung in Lateinamerika entstanden. Tausende Frauen\* kämpfen dort gegen Femizide, gegen Abtreibungsverbote und den repressiven Staat. Auch über die internationale Frauen\*bewegung habe ich beim Gestalten des Rundgangs viel gelernt. Es ist eindrücklich, wie wir von Mexiko über Rojava bis nach Island für die gleiche Sache kämpfen. Egal ob am Frauen\*rundgang, hier mit diesem Text oder auf eine ganz andere Art: Diese Reise von Wut, Selbsthinterfragung bis zur Bestärkung in der Gemeinschaft ist zentral. Ich wünsche mir, dass wir sie alle immer wieder machen – in Sachen Feminismus, Antirassismus und allen anderen Kämpfen, die wir führen. Sie ermöglicht uns, erst richtig zu sehen, was falsch läuft, und gemeinsam die Kraft zu finden, uns zu wehren. Wir sind stark, wir sind laut und wir sind viele. Nur wenn wir uns zusammenschliessen, können wir wirklich

etwas verändern. Ich habe Hoffnung. Auch wenn ich diese Woche vier sexistische Nachrichten auf Facebook gelöscht habe – ich habe Hoffnung. Denn ich treffe immer mehr Frauen\*, die Seite an Seite mit uns für Gleichstellung eintreten wollen. Ein Angriff auf eine Frau\* ist ein Angriff auf alle Frauen\*. Gemeinsam stürzen wir das Patriarchat – am 14. Juni 2021 wieder alle zusammen auf den Strassen! ■

### Genderstern \*

Der typografische Stern (\*) bezeichnet sowohl männliche und weibliche, als auch Geschlechtsidentitäten aus dem Transgender-Spektrum, die weder ausschliesslich männlich noch weiblich sind. Eingefügt wird das Zeichen zwischen dem eigentlichen Wortstamm und der weiblichen Endung einer Personenbezeichnung (Kolleg\*innen) oder am Ende einer eindeutig weiblichen oder männlichen Bezeichnung um die anderen Geschlechtsidentitäten einzubeziehen (Frau\*).

# Weltwirtschaft nach Corona

Luzian Franzini, Kantonsrat ALG

**6 So kann es nicht weitergehen. Die wirtschaftlichen Auswirkungen der Corona-Krise sind massiv und stürzen die Welt in die vielleicht grösste Wirtschaftskrise seit 1930. Blinder Freihandel und Privatisierungen haben die Reaktionsfähigkeit unserer Gesellschaft in Zeiten der Krise massiv verschlechtert.**

Ökonom\*innen des Internationalen Währungsfonds gehen davon aus, dass die Weltwirtschaft in diesem Jahr um 3 Prozent schrumpfen wird. Auch wenn der Lockdown dauerhaft aufgehoben ist und sich keine zweite Welle ausbreiten würde, werden viele Volkswirtschaften in eine Rezession schlittern. Der Grund für die lange Dauer der Krise kommt jedoch nicht aus dem Nichts. Die Corona-Krise war nur der berühmte Tropfen, welcher das Fass zum Überlaufen brachte. Bereits im letzten Jahr schwächten sich die Investitionen und die Wirtschaftsleistung in vielen Ländern ab. Neue Investitionen wurden zurückhaltender getätigt. Die US-Hypothekenkrise im Jahr 2008 wurde laut den offiziellen Konjunkturzahlen schon längst überwunden. Konsum und Investitionen muss seither jedoch massiv unter die Arme gegriffen werden. Zentralbanken versuchen, mit dem sogenannten Quantitative Easing die Geldmenge von privaten Investoren zu erhöhen. Dabei kaufen die Zentralbanken Wertpapiere wie Staatsanleihen von privaten Investoren und pumpen so Geld in den Wirtschaftskreislauf. Die Erhöhung der Geldmenge und ein tiefer Zins sollen dabei den Konsum und Investitionen anlocken. Dies hatte jedoch negative Auswirkungen auf die Finanzmärkte; Immobilienspekulationen nahmen zu und bei der weltweiten Privatverschuldung jagt seither ein Rekord den andern. Im März betrug sie 2,1 Billionen Dollar.

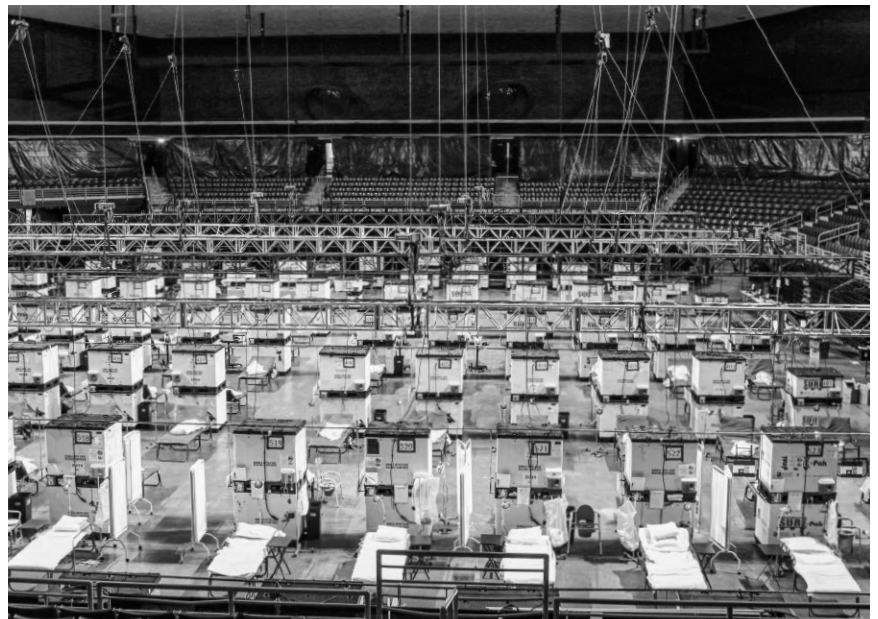
## Konsum wird schwächer

Kurzarbeit und Entlassungen führen dazu, dass der Konsum weiter geschwächt wird. Die Weltarbeitsor-

ganisation schätzt, dass alleine zwischen April und August dieses Jahres rund 200 Millionen Arbeitsplätze verloren gehen werden. Die Krise trifft die einzelnen Weltregionen in unterschiedlicher Intensität. Während rein epidemiologisch Staaten mit einem inexistenten oder sehr schwachen Ge-

italien und Griechenland, die bereits vor Ausbruch der Krise mit grossen wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu kämpfen hatten, werden weiter zurückfallen.

Im globalen Handel zeigen sich zwei gegenläufige und widersprüchliche Entwicklungen. Die Krise beschleunigte den Strukturwandel hin zu mehr Versandhandel, viele kleine Läden gehen in Konkurs. Globale Warenhäuser wie Amazon erwirtschafteten während der Coronakrise 10 000 Dollar pro Sekunde. Kleine lokale Läden



Privatisierte Gesundheitswesen hatten Probleme, alle COVID-19-Patienten zu versorgen.

sundheitssystem sowieso viel stärker getroffen wurden, wird der globale Süden durch die lahrende Wirtschaft um ein Vielfaches härter getroffen. Alleine in Indien gibt es 40 Millionen Tagelöhner\*innen, deren Existenz von der täglichen Arbeit abhängt. Ihre Verarmung wird extrem zunehmen, Hunger und Pandemie werden die Todeszahlen erhöhen. Auch die südeuropäischen Staaten dürften wegen ihrer Abhängigkeit vom Tourismus grössere rezessive Einbrüche erleben.

den und Unternehmen kämpfen um ihr Überleben. Auf der anderen Seite kamen aber auch die gravierenden Nachteile der Globalisierung unverhüllt zum Vorschein. Die auf Echtzeit getrimmten Lieferketten ohne Reserven und Notlager rächten sich bei der Verfügbarkeit von Medikamenten. Auch in der Schweiz kam es zwischenzeitlich zu Knappheiten. Gewisse Wirkstoffe für Schmerzmittel, Antibiotika, Blutdruck- oder Cholesterinsenker werden fast nur noch

in China hergestellt. Generell rächen sich neoliberale Privatisierungen im Gesundheitswesen von diversen Staaten. In Spanien zeigten sich die Folgen dieser Teilprivatisierung. So verfügt die Region Madrid mit 80 Spitälern über nur 30 öffentliche. Privatspitäler, meist in den Händen von Investorengruppen, sind in ihren Policen nicht verpflichtet, Leistungen bei Pandemien zu erbringen. Der riesige Andrang auf die verbliebenen staatlichen Krankenhäuser brachte das spanische Gesundheitswesen an den Rand des Kollapses.

Die Erfahrungen im Home-Office könnten zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf genutzt werden, was Ansteckungsgefahr und Pendleremissionen gleichermaßen verringern würde. Globalisierte Handelsketten können zugunsten von lokalen Wirtschaftskreisläufen vereinfacht werden.

Es gibt klare Anzeichen, dass die Massentierhaltung und die Abholzung des Regenwaldes zur Verbreitung von Viren beitragen. Bei der Übertragung von Erregern auf den Menschen spielt die Zerstörung von

len Fleischproduktion, schafft ideale Bedingungen für die Übertragung von tödlichen Krankheitserregern auf Menschen. Das hat auch die Vogelgrippe gezeigt; wildlebende Enten kamen in Kontakt mit Geflügel in grossen Mastbetrieben.

Diese Krise kann auch das Ende des neoliberalen Staatsabbaus, wie er seit Margareth Thatcher vorherrschend ist, bedeuten. Wenn Gesundheitsdienstleistungen und andere Formen der Care-Arbeit wieder als öffentliches Gut verstanden werden, erhöht das die Krisenfähigkeit. In Spitälern und Arztpraxen soll wieder der Mensch und nicht das betriebswirtschaftliche Jahresergebnis im Zentrum stehen. Es braucht bessere Arbeitsbedingungen in der Pflege, einen fairen Betreuungsschlüssel und ein Ende des Pseudowettbewerbs der Krankenkassen in der Grundversorgung.

Wenn die richtigen Lehren aus der Covid19-Krise gezogen werden, ist diese Krise sogar eine grosse Chance für uns alle. Es liegt nun an den fortschrittlichen Kräften, diese Veränderung auch einzufordern. Denn was diese Krise auch gezeigt hat, ist die Reaktionsfähigkeit von Regierungen, wenn der Wille und der öffentliche Druck vorhanden sind. ■



Gemeinschaftliche Arbeitsplätze in Quartieren, wie hier in Hongkong, könnten die Pendler\*innenströme vermindern.

### Neue Wirtschaft

Die Wirtschaft nach Covid19 muss eine andere werden. Wenn schon auf der ganzen Welt Billionen an Staatsfinanzen zur Rettung der Wirtschaft mobilisiert werden, sollten diese Gelder auch gleich zur Beseitigung der ebenso existenzbedrohenden und globalen Klimakrise genutzt werden. Bisher wurden Staatshilfen kaum an Umweltauflagen geknüpft, obwohl Pandemieprävention und Umweltschutz Hand in Hand gehen könnten.

Lebensräumen eine zentrale Rolle. Ebola kam beispielsweise in Gebieten häufiger vor, in denen vorher in grossem Stil der Urwald gerodet wurde. Wenn man die Wohnbäume der Fledermäuse fällt, zwingt man die Tiere dazu umzuziehen, vielleicht in Bäume in der Nähe von Siedlungen. Mit den Tieren kommen die Viren mit, die auf den Menschen überspringen können. Nicht nur die Zerstörung des Lebensraumes für Tiere, auch die Massentierhaltung mit der industriell-

# Grüne Stärke

8 Das Bulletin wollte wissen, wie sich der Erfolg der Grünen bei den Nationalratswahlen auf die Stadt- und Gemeindepolitik auswirkt. Die GemeinderätInnen und die Stadträtin antworten:

**Vroni Straub-Müller,**  
Stadträtin CSP, Zug



«Dank einem Plus von 13,9 Prozentpunkten steht die Grüne Partei neu auf dem ersten Platz in der Stadt Zug. Ihre Parteistärke beträgt 23,5 Prozent.» Dies schreibt die Infoplattform Watson am 21. Oktober 2019. Das ist ein historisches Resultat. Diese gewonnene Stärke und das damit verbundene gewachsene Selbstvertrauen muss sich auf die Politik in dieser Legislatur auswirken. Wenn das nicht geschieht, haben wir etwas falsch gemacht.

Die Legislaturziele 2019–2022 der Stadt Zug lesen sich für unsere Ohren immerhin erfreulich: «Zug bietet eine hohe Lebensqualität für alle Generationen, auch für die kommenden. Zug ist eine umweltbewusste Stadt (Nachhaltigkeitsstrategie, Mikroklimaanalyse, Lärmreglement, Gebäudestandard etc.). Und Zug ist ein Wirtschaftsstandort... mit einem intakten Lebensraum.» Wir müssen den Stadtrat beim Wort nehmen und die Massnahmen zur Zielerreichung aufzeigen und einfordern. Hier muss

von der ALG/CSP mehr kommen, zum Beispiel in der Verkehrspolitik, dem Klimaschutz Nummer 1.

Was ist passiert seit Anfang 2020. Die Politik beschäftigt den Stadtrat mit Vorstössen zu diesen Themen – und diese kommen beileibe nicht nur aus unserer Küche. Sogar die SVP verlangt in einem Postulat «Solarstrom für alli Zuger». Es scheint so, als wollten alle Parteien am Erfolg der Grünen partizipieren und die grünen Themen, insbesondere die Nachhaltigkeit, schon mit Blick auf die nationalen Wahlen 2023 an sich ziehen.

Wenn es aber an die konkrete Umsetzung durch den Stadtrat geht, hapert es gewaltig. So will die Mehrheit im Stadtrat die 17 Ziele für eine nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals, SDGs) der UNO für Zug nicht unterzeichnen. Sie ist auch nicht bereit, die Energiestrategie aus dem Jahre 2010 verbindlich anzupassen. Und was das Velo angeht – die Stadt Zug ist von einer fahrradfreundlichen Infrastruktur weit entfernt. Im Gegenteil – es werden für den Veloverkehr noch Schikanen eingebaut, wie zum Beispiel im Brüggli. Hier hoffe ich auf die Zuger Velonetz-Initiative.

Und zu guter Letzt: Nach der vierten grossen Krise in Folge nach Finanzen, Flüchtlinge und Klima kann ich persönlich noch nicht abschätzen, welche Folgen die Corona-Krise auf die Nachhaltigkeitspolitik in der Stadt Zug hat.

**Paul Iten,**  
Gemeinderat Forum Oberägeri



In der Gemeindepolitik Oberägeri hat sich schon mit den Wahlen des Gemeinderates vieles verändert. Zum einen ist seit diesen Wahlen die SVP nicht mehr im Rat vertreten. Zum andern wurde in der CVP ein eher rechts politisierender Kollege ersetzt. Neu setzt sich der Gemeinderat Oberägeri durch zwei CVP, zwei FDP und einen Forum-Vertreter zusammen. Neu arbeitet jetzt auch eine junge Frau in unserem Gremium sehr aktiv mit. Und plötzlich diskutieren wir im Gemeinderat über den Rechnungsüberschuss, über Kinderbetreuung und Biodiversität. Ich denke, das Stimmvolk dieses Dorfes am See hat schon durch die Neuwahlen das Gremium so zusammengesetzt, dass der ganze Rat grüner politisiert.

Ich glaube aber auch, dass die «Jungen, Wilden» der CVP auch durch den allgemeinen Trend eher auch ihre Ziele so setzen, dass sie sich für grüne und soziale Themen einsetzen. Das Forum war noch nie so erfolgreich an einer Gemeindeversammlung wie letztes Jahr. Das hat es seit unserem Bestehen, 34 Jahre, nie gegeben, dass wir an einer Gemeindeversammlung zwei Anträge durchbrachten. Viele Mitbürger an der Gemeindeversammlung stimmen



nun auch für unsere Vorschläge, obwohl wir eigentlich die «falsche Partei» sind. Vorher waren wir glücklich, wenn wir in vier Jahren einen Antrag durchbrachten.

Gegenwärtig diskutieren verschiedene Arbeitsgruppen über die Ortsplanung. Auch in diesen Arbeitsgruppen keimen zurzeit viele grüne und soziale Themen. Diese Diskussionen wären noch vor fünf Jahren ganz anders gelaufen. Auch hier spürt man, dass die Mitglieder der Arbeitsgruppen viele Massnahmen einbringen, die mit den Diskussionen um den Klimawandel gekeimt sind. Es werden auch immer wieder soziale Themen eingebracht. Man diskutiert nicht mehr nur übers Zubetonieren. Im Gegenteil: Vor dem Rathaus ist als Beispiel schon eine Mauer weg und dort blühen nun Blumen.

Ich glaube, dass die neue Dorfpolitik in Oberägeri mehr lösungsorientiert und nicht bewahrend agieren wird. Die Prioritäten sind nicht mehr nur wirtschaftlich, sondern grüner und sozialer.

**Berty Zeiter,  
Gemeinderätin Baar**



Der Aufschwung der grünen Politik auf nationaler Ebene hat sicher das Selbstbewusstsein der Partei auf ge-

meindlicher Ebene gestärkt. Das ist im neuen Feuer spürbar, das die Alternative – die Grünen Baar gepackt hat. In einer zweiteiligen Retraite hat der Vorstand begonnen, sich noch bewusster nach vorne, auf die Zukunft auszurichten, jene Themen aktiv mitzugestalten, die sich in letzter Zeit stärker gezeigt haben.

Auch wenn in der Gemeindepolitik die kurzfristigen Ängste dominieren, dass sich «grüne Massnahmen» wirtschaftlich nicht lohnen, zeigen sich doch kleine Fortschritte. Erfreulicherweise gibt es bei den neu überarbeiteten Mehrjahreszielen der Gemeinde Baar ein Ziel, dessen Titel von «Treibhausgasemissionen» in «Klimawandel» abgeändert und mit der Formulierung erweitert wurde: «Die Gemeinde ergreift Massnahmen zur Anpassung an die lokal spürbaren oder erwarteten Auswirkungen des Klimawandels.» Der Gemeinderat ist auch bereit, unter gewissen Bedingungen Photovoltaikanlagen zu fördern.

Ich bin zuversichtlich, dass sich auf längere Sicht Wesentliches verändern wird. Verstärkt durch die Corona-Krise wird Schritt für Schritt – oft im Moment fast unmerklich – Neues keimen, ein neues Bewusstsein entstehen für die Einmaligkeit unseres Lebens und für die absolute Notwendigkeit, es durch konkrete Massnahmen zu schützen. Und dies hat wiederum Auswirkungen auf die Prioritätensetzung, weg vom rein wirtschaftlichen Denken, hin zu ganzheitlicherem, gemeinschaftlichem Handeln.

**Barbara Beck-Iselin,  
Gemeinderätin Menzingen**



Im Herbst 2019 hat es bei den nationalen Wahlen mehr grüne Sitze gegeben, einen Grünrutsch. Auch in meiner Arbeit als Gemeinderätin ist das spürbar geworden. Ich mache da vier Faktoren aus, die eine Rolle spielen.

Zusammensetzung des Gremiums und Haltungen der Mitglieder: Bei uns hat sich die Arbeit zum Teil verändert, weil wir im Gemeinderat seit 2019 eine andere Zusammensetzung haben. Das ist eine Veränderung bei den Parteizugehörigkeit und zwei neue Personen. Die Werthaltung ist doch vor allem von den Personen abhängig. Die lokalen Parteien haben sich in ihren Haltungen verändert. Das Schweizerische wurde in der Sommersession der Bundesversammlung sichtbar. Nicht nur die FDP hat ein grünes Mäntelchen.

Grüne Themen sind von allen mehr beachtet: Im Rat haben meine Inputs, die Themen ökologisch anzuschauen, mehr Chancen als früher. Sie werden nun angehört. Es gibt Sendungen am Fernsehen und Beiträge in den Zeitungen zu Biodiversität, Insektensterben und vielem mehr. Dass die Ökologie in unserer Gesellschaft einen so hohen Stellenwert erreicht,

hat mir vor 4 Jahren im Rat niemand geglaubt – und nun ist es eingetroffen. Bei gewissen Vorstössen oder Projekten kommen KollegInnen oder die Verwaltung auf die Idee, dass wir diese Projekte auch anders als bisher anpacken könnten. Dann braucht es meine Inputs weniger, aber eine klare ökologische Haltung und persönliche Unterstützung sind wichtig.

Meine Haltung, mein Verhalten: Diese haben sich geändert. Ich habe heute mehr Kraft, mehr Freude und Zuversicht, mit meinen Inputs etwas zu erreichen. Das hilft natürlich in der Argumentation. In einem Fünfergremium musste ich doch überlegen, soll ich nun eine Idee, einen Vorschlag noch einbringen oder nicht. Ich schätzte meine Chancen ab und lotete aus, auf wie viel Widerstand ich treffen würde. Da hat sich definitiv etwas verändert und das macht wirklich Freude. Ganz wichtig sind die fachlichen Kenntnisse aus den verschiedenen Gebieten, die ich einbringen kann sowie die Vernetzung mit anderen Grünen.

Die Bevölkerung denkt mit und spornt mich an: Im Dorf werde ich angesprochen. Leute kommen auf mich zu, bringen Ideen ein und fragen nach. Das spornt mich an. So ist das Projekt Landschaftsentwicklungskonzept auf fruchtbaren Boden gefallen. Viele Leute denken mit, so wird etwas Gutes entstehen. In meinem Alter bin ich auch mit vielen kleinen Schritten zufrieden. Nach den Sternen greife ich nicht mehr so oft, aber Hartnäckigkeit, das hilft sehr und darin bin ich gut. Neben den grünen Anliegen sind mir auch die sozialen Werte sehr wichtig. Da habe ich eine Veränderung nach dem Grünrutsch weniger festgestellt. Da muss ich weiter dranbleiben und die Geschäfte genau anschauen.

Ich habe nach wie vor Freude an der Arbeit und nutze die Gunst der Zeit sehr gerne.

**Christoph Zumbach,  
Gemeinderat Steinhausen**



In Steinhausen merke ich vor allem, dass wir als Grüne inzwischen anders wahrgenommen werden. Von der Randpartei, die belächelt wird, hin zu einer, die ernst genommen werden muss. Und dass wir wählbar geworden sind. Es ist nicht mehr die Partei von ein paar Freaks mit verqueren Ideen, sondern eine, die Themen bedient, die viele bewegen. Bei uns waren die Gemeinderatssitze seit Urzeiten bei den Bürgerlichen, dann konnte sich die Linke einen Sitz erstreiten und dabei ist es dann geblieben. Mit Andreas Hürlimann lösten die Grünen die SP ab, aber linke Sitze konnten nicht dazugewonnen werden.

Wir sind es uns gewohnt, klein zu sein, und haben uns bisher von diesem Denken noch nicht lösen können. Wir diskutieren über Wahlmöglichkeiten in gewissen Kombinationen und das Risiko nicht (wieder-) gewählt zu werden. Dabei wäre die Devise der Stunde: Frech sein, wir versuchen es! Wieso das nächste Mal nicht mit einem Dreierteam für die Wahlen und auch das Präsidium antreten und versuchen, eine grüne Mehrheit zu erringen? Ich finde, das müssen wir! Weil wir nur

in der Mehrheit Weichen stellen können. Ich sehe das regelmässig im Gemeinderat, in welchem viele meiner Vorstösse belächelt werden. Falls nicht, diskutieren wir zwar darüber und finden teils sogar konstruktive Ansätze. Wenn es dann jedoch um konkrete Entscheidungen geht, sind meine Kolleginnen und Kollegen nicht bereit, den Schritt zu tun. Und diese Schritte werden inzwischen immer mehr von den Wählerinnen und Wählern gefordert. Lippenbekenntnisse reichen ihnen nicht mehr, sie wollen die Versprechungen umgesetzt sehen.

Auch werden die grossen Parteien langsam, aber sicher einsehen müssen, dass ihr bisheriges System von Ämter- und Pfrundverteilung in Zukunft nicht mehr funktionieren wird. Die Zeiten sind vorbei, in denen die CVP damit rechnen kann, dass ganze Clans über Generationen bei ihnen mitmachen und Parteiwechsel nicht mal gedacht werden können. Auch die FDP kann nicht mehr darauf zählen, dass jeder Unternehmer automatisch bei ihnen mitmachen wird. Eventuell müssen wir auch grundsätzlich überdenken, wie wir in Zukunft organisiert sein wollen und können? Viele Leute haben ein Problem damit, klar Stellung zu beziehen. Bei Werbeanlässen konnte ich bisher kein einziges neues Mitglied gewinnen. Vielleicht sind die Zeiten der festen Mitgliedschaften ja vorbei und wir brauchen ein neues Modell der politischen Teilnahme. Ich könnte damit leben, solange wir neue Leute für unsere Sache begeistern können. Nicht nur mit ihrer Stimme, sondern auch mit Gesicht und Namen.

# Parlament in der Epidemie

Manuela Weichelt-Picard, Nationalrätin Kanton Zug

**Corona mit Schockstarre des Parlamentes, ausserordentliche Session und Sommersession ausserhalb des Bundeshauses sowie die Corona-Beschlüsse dominierten die Themen der Session. Daneben ging es aber auch noch um vieles mehr.**

Aus den Medien haben die Parlamentarier\*innen erfahren, dass die dritte Frühlingssessionswoche abgebrochen wird. Ein Entscheid der Büros der beiden Räte – ohne gesetzliche Grundlage. Die Kompetenz für eine solche Entscheidung liegt beim Parlament. Dieses ist eine tiefe Schockstarre verfallen und die Demokratie hat während vieler Wochen gelitten. Nicht einmal die Gesundheitskommission durfte während den ersten fünf Wochen der Gesundheitskrise tagen! Für mich aus staatsrechtlichen und demokratischen Überlegungen eine schwierige Zeit.

## Montag, 8. Juni

In der BernExpo beginnen wir mit der Fragestunde an den Bundesrat. Meine Frage, warum in der Schule zwei Meter Abstand gewahrt sein müssen, gleichzeitig aber Erotikbetriebe ihre Dienstleistungen feilbieten dürfen, wird nicht wirklich zufriedenstellend beantwortet. Während im «Puff» wieder Betrieb herrscht, bleiben die Gymnasiast\*innen immer noch zu Hause – seit 13 Wochen.

Nach drei Jahren Diskussion hat der Nationalrat bei der Konzernverantwortungsinitiative eine Maus geboren und dem zahnlosen indirekten Gegenvorschlag des Ständerates knapp zugestimmt. Anschließend spreche ich im Namen der Fraktion für das COVID-19 Tracing-App. Sie soll helfen, dass trotz den beschlossenen Lockerungen für das öffentliche Leben die Infektionen nicht wieder ansteigen. Die Politik möchte eine «freiwillige Quarantäne», garantiert aber keinen Erwerbsersatz. Wenn wir in den kommenden Wochen nicht 60 Prozent der in der Schweiz lebenden Personen von der App überzeugen können, dann verkommt die App zu einem

teuren Spielzeug für 6 Millionen Franken. Um 22 Uhr gönnte uns die Präsidentin Nachtruhe.

## Dienstag, 9. Juni

Heute und morgen steht das CO<sub>2</sub>-Gesetz auf der Traktandenliste. Die Fortschritte sind: Emissionsbegrenzungen für Fahrzeuge, Flugticketabgabe, Schaffung Klimafonds, Emissionsbegrenzungen für fossile Heizungen. Die breite Zustimmung für das CO<sub>2</sub>-Gesetz zeigt, dass die Kli-



Als Subkommissionspräsidentin im Einsatz.

mawahl im letzten Herbst die Unterstützung für einen wirksamen Klimaschutz gestärkt hat. Das neue CO<sub>2</sub>-Gesetz ist ein wichtiger erster Schritt, um endlich die Pariser Klimaziele zu erreichen. Weitere müssen sehr rasch folgen. Am Abend ziehe ich mich ins Bundeshaus zum Arbeiten zurück. Zu später Stunde habe ich dieses altherwürdige, wunderschöne Haus für mich alleine. Was für ein Privileg!

## Mittwoch, 10. Juni

Bis Mittag müssen die Fragen für den Bundesrat eingereicht sein, die am Montag beantwortet werden. Mich interessiert, wann der Bundesrat

den Willen des Parlaments beim Teilmietlerlass für zwangsgeschlossene Betriebe während der COVID19-Krise umsetzt. Eine erste Vertröstung des Bundesrates auf Dezember ist für mich nicht akzeptabel. Zusammen mit meinem NR-Kollegen Oliver Feller (FDP/VD) will ich wissen, auf welcher gesetzlichen Grundlage beschlossen wurde, die Anwaltskosten des strittigen Bundesanwalts Lauber durch die Steuerzahler\*innen bezahlen zu lassen.

## Donnerstag, 11. Juni

Das Parlament kennt Fronleichnam nicht. So durfte ich als Präsidentin der Subkommission Gerichte/Bundesanwaltschaft gegenüber dem

Nationalrat über die Arbeit der Geschäftsprüfungskommission Bericht erstatten. Die negativen Schlagzeilen über die Schweizer Justiz häufen sich. Einerseits beschäftigt uns als Oberaufsicht die Bundesanwaltschaft stark und seit diesem Jahr auch noch das Bundesgericht und das Bundesstrafgericht in Bellinzona. Ein echter Aufsteller hingegen ist das deutliche Ja des Nationalrats zur «Ehe für alle»: 132 von 200 stimmten für die Vorlage. Nun ist der Ständerat am Zug. Kurz vor 13 Uhr beendet die Präsidentin die zweite Sessionswoche und der Zug bringt mich zurück nach Zug. ■

# Steuersenkungen

Andreas Hürlimann, Steinhausen, Kantonsrat

12

**Unser Kanton Zug: rasante Entwicklungen in den letzten Jahrzehnten; starker Wirtschaftsstandort im Einzugsgebiet des Metropolitanraums Zürich, tiefe Steuerbelastung (national wie international!) und sehr gute Verfügbarkeit von Fachkräften. Die öffentliche Hand kommt dieser rasanten Entwicklung nicht immer nach. Oft reagiert die Politik – aber auch die Verwaltung (wohl aufgrund von knappen Personalressourcen) – erst verzögert auf Veränderungen in unserer Gesellschaft.**

Ab 2014 zeigte sich eine Delle in der finanzpolitischen Entwicklung der Staatsrechnung, die Ausgaben überstiegen die Einnahmen. Die bürgerliche Regierung und mit ihr der bürgerliche Kantonsrat nahmen dies dankend zum Anlass, um Sparanstrengungen umzusetzen. Alle Fraktionen – inklusive unserer – waren ob der Entwicklungen verunsichert. Es gelang uns jedoch gemeinsam mit unseren Partnern, die schlimmsten Sparanstrengungen der bürgerlich dominierten Räte an der Urne zu bodigen. Ein grosser Erfolg für unsere politische Allianz.

## Rasch aufhellende Prognosen und Finanzzahlen

Nicht einmal vier Jahre später, also in einer normalen Periode von Konjunkturschwankungen, zeigen sich die Finanzzahlen des Kantons Zug so robust und tiefschwarz wie zu allerbesten Zeiten. Bereits die Rechnung 2018 konnte mit 150 Millionen Ertragsüberschuss abschliessen. Die Rechnung 2019 gar mit einem Plus von über 175 Millionen. Die trotzdem vollzogenen Sparpakete sind unter diesen Zeichen mehr als fragwürdig. Gerade für soziale Institutionen, welche mit neuen Leistungsvereinbarungen grosse Einbussen hinnehmen mussten, oder für Angebote, welche eingestellt wurden.

Die Fiskal- und Bundessteuererträge lagen 2019 um insgesamt 157,8 Millionen Franken über dem Budget. Dafür sind vor allem zwei Faktoren verantwortlich: Ausserordentliche Effekte (überdurchschnittliche Börsengewinne oder aussergewöhnlich hohe

Gewinne bei Unternehmen) erklären drei Viertel der Abweichung. Ein Viertel ist auf das allgemeine Wachstum zurückzuführen, also auf Zuzüge zahlungskräftiger Personen und das Wirtschaftswachstum.

Der Kanton Zug hat aktuell keine verzinslichen Fremdschulden. Das Nettovermögen pro Einwohnerin/

menpaketen zur Eindämmung der Coronapandemie. Auch der Kanton Zug hat diverse Massnahmenpakete geschnürt und auch die Forderungen der Alternativen – die Grünen teilweise aufgenommen. Es zeigt sich, dass die ganze Lage nach wie vor sehr volatil ist und gewisse Massnahmenpakete bereits bei der Beratung in der Staatswirtschaftskommission (als vorberatende Kommission) überholt waren.

Medienwirksam wurde vom Finanzdirektor auch eine Steuersenkung als Stützungsmassnahme präsentiert. Eine Senkung des Steuerfusses hat aus unserer Sicht jedoch nicht oder nur bedingt einen Zusammenhang mit Corona. Es fehlt zudem



Der Kantonsrat tagt in einer Halle, die der Regierungsrat gar nie so gross wollte! Die Regierung wollte damals nur eine Zweifachturnhalle, der Kantonsrat bewilligte eine Dreifachhalle. (Foto Andreas Busslinger)

Einwohner ist von 2622 Franken im letzten Jahr auf 4015 Franken angestiegen. Die Bilanzstruktur präsentiert sich überaus solide: Das Finanzvermögen beträgt am Jahresende rund 1,7 Milliarden Franken und das Eigenkapital ist auf über 1 Milliarde Franken angewachsen.

## Bürgerliche planen weitere Steuersenkung

Das aktuelle Jahr ist geprägt von viel Hektik und turbulenten Massnah-

die Evidenz, dass in der Vergangenheit Steuersenkungen tatsächlich zur Überwindung von negativen finanziellen Folgen bei Krisen führten. Untersuchungen zur Finanzkrise 2008 und den darauf getroffenen Fiskal-massnahmen zeigen keine entsprechende Wirkung. Vielmehr handelt es sich um theoretische, dogmatisch wiederholte Argumente im Rahmen einer «normalen» Steuergesetzdiskussion. Im Weiteren ist es nicht nachvollziehbar, wieso einerseits

die nun angedachte Senkung des Steuerfusses für drei Jahre befristet sei, die Erhöhung der persönlichen Abzüge sowie der Ausbau und die Vereinfachung des Mieterabzugs jedoch dauerhaft gelten sollen. Und dies ohne ordentliche Vernehmlassung und sauber verfassten Bericht zu den Massnahmen und Auswirkungen seitens des Regierungsrates. COVID-19 ist ein singuläres Ereignis, das nicht als Grund für eine strukturelle und dauerhafte Änderung der geltenden Steuerbestimmungen vorgeschoben werden darf. Es ist klar, dass jede einzelne vorgeschlagene Änderung je nach individueller Situation für einzelne Steuersubjekte eine andere Wirkung hat. Die Entlastungen sind sehr unterschiedlich. In der Debatte wird hier entgegengehalten, dass die Vorlage des Regierungsrates ein ausgewogenes Paket darstelle: Die Senkung des Steuerfusses entlaste im Wesentlichen gut situierte Personen und Firmen, aber natürlich auch viele kleine und mittlere Unternehmen, die während der Coronapandemie finanzielle Einbusen erleiden mussten. Die Erhöhung der beiden Abzüge sei als soziale Abfederung zu verstehen, die vor allem die mittleren und tieferen Einkommen entlaste, die von der Senkung des Steuerfusses nicht oder nicht besonders stark profitieren. Mehrfach wurde in der Debatte betont, dass der Kanton im letzten Jahr einen hohen Überschuss ausweisen konnte, dass im Jahr 2020 sogar ein Rekordergebnis zu erwarten sei und dass auch die nahen Zukunftsaussichten nicht schlecht seien. Somit – so die Logik der bürgerlichen Räte – sei die befristete Senkung des Kantonssteuerfusses eine richtige Massnahme, denjenigen Steuersubjekten etwas zurückzugeben, die wesentlich zu den Ertragsüberschüssen beitragen und mithelfen, dass der Kanton Zug finanziell gesund und stabil aufgestellt ist.

## Übersicht über die Erfolgsrechnung

In Mio. Franken	Rechnung 2018	Budget 2019	Rechnung 2019	Abw. in Mio.	Abw. in Prozent
Total Aufwand	-1441,3	-1514,9	-1480,4	34,5	-2,3
Total Ertrag	1590,5	1485,4	1655,8	170,4	11,5
<b>Ertrags-/Aufwandüberschuss</b>	<b>149,2</b>	<b>-29,5</b>	<b>175,4</b>	<b>204,9</b>	

Die in den Tabellen aufgeführten Beträge sind gerundet. Totalisierungen können deshalb von der Summe der einzelnen Werte abweichen.

Bereits in dieser Argumentation zeigt sich, dass es primär darum geht, ein Zeichen zu setzen und bereits heute privilegierte Firmen und Personen zu entlasten, welche aufgrund ihrer wirtschaftlichen Potenz schon heute ein gutes Leben haben. Dies alles unter dem Deckmantel einer Coronamassnahme. Aufgrund des Druckes, welcher auch von uns Alternativen – die Grünen nach Bekanntwerden der Pläne einer Steuersenkung aufgebaut wurde, hat der Regierungsrat die einseitige Steuerfussenkung gemäss Vorschlag Finanzdirektor korrigiert und ein etwas ausgewogeneres Paket zuhanden des Kantonsrates verabschiedet. Prämienverbilligungsmassnahmen, höhere Abzüge bei Mieten und persönlichen Abzügen zeigen hier eine gewisse Wirkung. Entlastet werden aber primär hohe Einkommen. Die Rechenbeispiele gemäss Stawiko-Bericht zeigen dies deutlich. Zudem ist vor allem der Hebel des Steuerfusses relevant für Gutverdienende. Bei einem Steuerfuss von 80 Prozent führt die vorgesehene Reduktion des Steuerfusses bei einer Familie mit zwei Kindern und einem Reineinkommen von 90000 Franken zu einer jährlichen Ersparnis von gut 330 Franken. Liegt das Reineinkommen bei 180000 Franken, wird die Ersparnis mehr als 930 Franken.

**Überschuss muss in Bewältigung der Corona- und Klimakrise fliessen**  
Jede Gelegenheit scheint richtig zu sein, die Steuern noch mehr zu senken. Das ist national – wo noch

nicht einmal alle Kantone in der finanziellen Lage sind, eigene Unterstützungspakete zu schnüren – aber auch international gesehen absurd. Die Wirtschaft muss jetzt vom Staat gestützt und Privatpersonen müssen sinnvoll unterstützt werden, niemand bezweifelt das. Doch es wird teuer und sollte all jenen eine Lehre sein, die immer nur plump Steuersenkungen und weiteren Staatsabbau fordern. Kluge Investitionen in Wachstumsbereiche sind jetzt gefordert! Steuersenkungspläne sind in Krisenzeiten doppelt falsch: Entlastet werden nur jene, die noch Gewinne machen können. Nicht entlastet werden jene KMU und andere Unternehmen, denen die Einnahmen grösstenteils oder sogar ganz wegen der Coronakrise weggebrochen sind. Es gibt noch viel zu tun im Kanton Zug. Gerade in Zeiten, wo die Jahresrechnung des Kantons mit 205 Millionen besser abschneidet als budgetiert, besteht genügend Handlungsspielraum, um hier sinnvoll, klimaschonend und zukunftsweisend zu investieren. Davon profitieren langfristig alle, nicht nur die bereits heute Privilegierten. Profitieren müssten vor allem diejenigen, welche mit den Sparpaketen der jüngeren Vergangenheit die Abbaumassnahmen der öffentlichen Hand am meisten zu spüren bekamen. ■

# Auf uns selbst gestellt

Interview von Marianne Aepli mit Helmet Maroufi

14

«Die Berge sind so ähnlich, in Kurdistan und in der Schweiz, das ist auch etwas Heimat. Aber in Kurdistan sind Berge mit Gold und anderen Rohstoffen Bürde des Landes und für die Menschen.»

**Marianne Aepli:** *Helmet Maroufi, Sie sind wegen ihres Berufes und ihrer Berufung aus ihrer Heimat Kurdistan geflohen und haben dieses Herzstück quasi hierhin mitgebracht. Seit ungefähr einem Jahr wohnen Sie in Menzingen und können sich auch von hier aus für die*

*gen des kurdischen Volkes einsetzen. Zum Beispiel, dass die Sprache an den Schulen gesprochen und gelernt werden darf. Dies war mir als Lehrer im Iran verwehrt, auch in kurdischen Gebieten. Es gibt Minderheitenrechte, die nicht eingehalten werden, die unterdrückt werden.*



Marianne Aepli und Helmet Maroufi (Bild Thomas Strübel)

*Anliegen der Kurden und Kurdinnen einsetzen. Sie nennen sich Journalist und Menschenrechtsaktivist. Wie muss ich mir das vorstellen? Arbeiten Sie nun als kurdischer Separatist im Status des politischen Flüchtlings aus der Schweiz heraus?*

**Helmet Maroufi:** Das ist eine Frage der Perspektive, die Machthaber im Mittleren Osten würden dies vermutlich ziemlich genau so beschreiben. Fakt ist, dass ich mich seit jungen Jahren für die Anlie-

*Für solche habe ich mich öffentlich und gewaltfrei eingesetzt und damit lebte ich gefährlich, irgendwann dann sehr gefährlich.*

*Ich komme aus Ostkurdistan. Ich war dort Lehrer und auch kurdischer Journalist mit Themenschwerpunkten Bildung, Film und Politik. Es gibt keine kurdischen Tageszeitungen. Wir haben Zeitungen in kurdischer Sprache gemacht, die monatlich erschienen. Diese Zeitungen werden finanziell nicht vom Staat unter-*

*stützt, dafür ziemlich genau kontrolliert. Wir haben zum Teil mit eigenem Namen, je nach Inhalt aber auch unter falschem Namen geschrieben. In Iran ist es gefährlich, in Kurdisch zu schreiben. Wir sehen es aber als internationales Recht, in unserer Muttersprache zu schreiben. Genau über solche Missstände und Ungerechtigkeiten haben wir auch geschrieben. Wir haben Webseiten mit Online-Zeitungen erstellt, und konnten auch Artikel schreiben, die unsere Freunde anderswo veröffentlichten. Obwohl wir mit fremden Namen journalistisch tätig waren, wurden unsere Aktivitäten vom Staat trotzdem registriert. Dabei hatte unsere Arbeit nichts mit Separatismus oder Terrorismus zu tun. Es ging um Menschenrechte.*

**Marianne Aepli:** *Warum dürfen Kurden ihre eigene Sprache nicht frei anwenden?*

**Helmet Maroufi:** Einige denken, wir seien Separatisten, weil wir uns für die Rechte Kurdistans einsetzen. Kurdistan ist ein Opfer der Geschichte. Nach dem ersten Weltkrieg wurden in der Region die Grenzen auf dem Reissbrett neu gezogen und so entstanden die Länder Iran, Irak und Syrien. Wir haben bis jetzt in der Geschichte immer verloren. In Kurdistan gibt es Öl, aber auch andere Ressourcen. Wir haben Berge mit Gold. Aber diejenigen, die dort Arbeit haben, sind keine Kurden. Die Menschen, die dort wohnen, gehören zu den Ärmsten der Welt. Sie tragen die Bürde des Goldes. Wenn in kriegesischen Auseinandersetzungen Abbau und Transport von Ressourcen, wie zum Beispiel Erdöl, gefährdet sind, geht sehr viel Aufmerksamkeit und Schutz dorthin. Dann sind Pipelines wiederhergestellt lange bevor eine Versorgung der Menschen mit Grundnahrungsmitteln gesichert ist. Kurden müssen sich als Söldner verdienen, so wie die Schweizer es früher auch gemacht haben (lacht). Sie



Helmet Maroufi mit seiner Schulklasse im Ostkurdistan. (Bild Helmet Maroufi)

beteiligen sich so an Stellvertreterkriegen in der Region, wo der Iran die Drehscheibe ist. Solange das Land unter der Führung der Ayatollas sein wird, wird sich nichts daran ändern.

**Marianne Aepli:** *Träumen Sie vom Kurdistan als unabhängige Republik?*

**Helmet Maroufi:** Seit hundert Jahren setzen wir uns für unsere Rechte ein. Kurdistan soll ein unabhängiges Land sein. Die grossen Länder haben uns immer wieder verraten, wenn es darauf ankam. Amerika, Frankreich, Russland, England. Wir hatten auch Chancen und dann wieder verloren. 5 Millionen Kurden sind ausgewandert, geflohen vor Armut und Krieg. Solange das iranische Regime bestehen bleibt, wie es heute ist, wird es dauern. Zuerst müsste dieses Regime zusammenbrechen. Die Regierungen der Länder im Mittleren Osten haben sich in den letzten Jahren eher gemeinsam gegen die Kurden verschworen. Zum Teil passiert das nicht offensichtlich. Auch wenn Irak, Iran, Türkei und Syrien unterschiedlich zueinander stehen, dort Interessen von verschiedenen Religionen,

Ethnien, Ländern aufeinandertreffen, sind sie in der Kurdenfrage heute recht einig. Die Kurdenkrise eint sie gegen eine unabhängige Republik Kurdistan, die länderübergreifend wäre. Wir sind auf uns selbst gestellt.

**Marianne Aepli:** *Sie waren nicht nur als Journalist, sondern auch im Bildungsbereich aktiv.*

**Helmet Maroufi:** Wir hatten eine Organisation für kurdische Lehrer und Lehrerinnen gegründet. Aber eigentlich unterrichtest du ja nicht als kurdische Lehrperson. Der Unterricht ist in Farsi. Offiziell waren wir iranische Lehrer und Lehrerinnen. Grundsätzlich setzten wir uns für bessere Lohnbedingungen ein. Lehrpersonen im Iran können zwar von dem Gehalt leben, aber nicht besonders gut. Die meisten haben eine zweite oder noch eine dritte Lohnarbeit. Ich unterrichtete am Morgen in der Primarschule, dann nachmittags zum Beispiel Englisch am Gymnasium. Zusätzlich schloss ich ein Studium im Fach Informatik ab, machte den Master in Soziologie und Bildungsplanung.

**Marianne Aepli:** *Sie haben nebst dem Primarschuldiplom auch eine separate Ausbildung zum Unterrichten in Informatik?*

**Helmet Maroufi:** Ich war schon immer computeraffin. Vor über 20 Jahren habe ich meinen ersten Computer gekauft, das war damals sehr teuer. Wenn ich so überlege, hätte ich mir zu diesem Preis auch ein Haus kaufen können (lacht). Ja, ich wusste einfach, ich muss den Computer kaufen, das war damals mit einer frühen Windows-Version.

In dieser Zeit habe ich nebst dem Unterrichten, also privat, vor allem studierenden Kurden und Kurdinnen geholfen, für sie Unterlagen und Artikel zusammengesucht. Sie konnten auch meine Büroinfrastruktur benutzen. Ich hatte Computer, Drucker, Internet. Studierende müssen sich für viele Sachen über das Internet melden, Prüfungsinhalte und Sonstiges abfragen. Es ist mir wichtig, dass auch Kurden und Kurdinnen einen guten Zugang zur Bildung haben.

**Marianne Aepli:** *Dann haben Sie ein gutes Leben geführt im Iran?*

**Helmet Maroufi:** Ja, ich hatte eine schöne Wohnung und auch sonst ein herrliches Leben. Aber ich komme aus Mahabad, das ist eine alte kurdische Stadt, die Hauptstadt der kurdischen Republik. Da kommst du quasi als Kurdenpolitiker auf die Welt. Das ist die Muttermilch. Seit ich siebzehn bin, bin ich für die kurdische Republik aktiv.

Wenn du demonstrierst, wirst du natürlich registriert. Ich wusste jederzeit, dass ich für meine Arbeit nach iranischem Recht verurteilt werden kann. Von unserer kurdischen Lehrerorganisation leben bis auf einige wenige alle im Ausland. Die wenigen, die noch im Iran leben, können kaum etwas für die kurdischen Anliegen tun. Sie leben in Angst und Gefahr. Einige stecken im Gefängnis, andere sind dort umgekommen.

Bereits der Einsatz für Kurdistan ist

16

ein strafbarer Verstoß gegen den iranischen Staat. Natürlich war schon einiges über mich bekannt und es war immer wieder auch kritisch, ob ich unterrichten durfte. Ich wusste seit Beginn der Aktivitäten, dass ich dafür vielleicht ins Gefängnis oder sogar sterben muss. Aber ich dachte niemals, dass ich deswegen weggehen, ins Ausland gehen würde.

**Marianne Aepli:** *Und dann doch. Welche waren die Beweggründe für Ihren Weg vom Iran in die Schweiz?*

**Helmet Maroufi:** Irgendwann verdichteten sich die Anzeichen, dass eine Festnahme möglich, also sehr wahrscheinlich war, und ich ging nochmals komplett über die Bücher: Ich werde verhaftet, werde vielleicht sterben, oder ich kann weitergehen. Ich habe intensiv mit meinem Vater gesprochen. Dann bin ich geflohen, zu Fuss, über die Berge Richtung Türkei. Das war gefährlich. Aber wir hatten Begleiter mit guten Ortskenntnissen, die sagten, welche Wege wann zu gehen waren und wann du dich verstecken solltest. Dann war ich ein Jahr lang in der Türkei.

Ich habe dort gearbeitet, einfache Lohnarbeit zum Überleben. Gleichzeitig war ich immer noch im politischen Einsatz für die Rechte der Kurden. Da die UNCHR nicht mehr in der Türkei arbeitet, drohte dort ebenfalls eine Verhaftung, mit den gleichen Konsequenzen wie im Iran. Zu sechst haben wir uns dann auf den Weg gemacht. Zu Fuss, mit Bus oder Bahn, mit dem Schiff von der Türkei nach Griechenland, von dort weiter über die Balkanroute bis Österreich. Auf der Flucht war alles mit dabei, Hunger, Kälte, Erschöpfung und gute Tage und hilfsbereite Menschen. Ein Freund hatte mir geraten, in die Schweiz zu gehen. Ich hatte keine Ahnung, was die Schweiz für ein Land ist, ich hatte ja früher niemals an Flucht gedacht. Nach meiner Ankunft war ich einige Wochen in einem Bundesasylzentrum, danach drei Monate



Helmet Maroufi in seiner Funktion als Leiter von Rojhelat bei einer Videoeinschaltung während einer von Rojikurd übertragenen Konferenz. (Bild Rojikurd)

in Steinhausen. Das war eine gute Zeit, denn ich konnte viel übersetzen, einfach freiwillig. Ich konnte auf Türkisch, Farsi, Arabisch, Kurdisch vermitteln, da gab es Tag und Nacht Themen. Und ich hatte eine Aufgabe, die mich erfüllte. Dann, während meiner Zeit in Holzhäusern, kam der Entscheid, dass ich als politisch Verfolgter Schutz bekomme. Das war eine Art Rettung, denn häufig ist mir die Decke so ziemlich auf den Kopf gefallen, da ich in dieser Zeit nicht arbeiten durfte. Das war eine lange Zeit. Jetzt habe ich eine B-Bewilligung und intensiv Deutsch gelernt.

Seit einem knappen Jahr wohne ich in einer Einzimmerwohnung in Menzingen. Ich suche Arbeit. Da bin ich in einer Zwickmühle. Ich habe mehrfach Lohnarbeit in der Gastronomie gemacht, vier Monate in einer Pizzeria gearbeitet. Dort musste ich enorm durchbeissen und wollte bleiben, aber ich konnte nicht mehr. Das Arbeitsklima und der Ton untereinander waren schlimm für mich. In meinen bisherigen Berufsfeldern konnte ich bis anhin nicht arbeiten.

**Marianne Aepli:** *Suchen Sie Arbeit als Klassenassistentin oder im Informatikbereich?*

**Helmet Maroufi:** Für die Arbeit im Bildungsbereich muss mein Deutsch besser werden. Für die Anliegen der Kurden kann ich mich auch hier einsetzen, da war ich auf Einladung auch schon bei der UNO in Genf oder auf einem Kongress in Stockholm. Das ist wichtig, aber nicht tagfüllend.

**Marianne Aepli:** *Vielen Dank, Herr Maroufi, für das spannende Interview. Über Kurdistan und die aktuelle Lage im Mittleren Osten, über Ihre Einschätzungen und Visionen haben wir ebenfalls viel aufgenommen, was hier im BULLETIN nun nicht Platz hat. Vielleicht ein späteres Mal. Wir wünschen Ihnen auf dem weiteren Weg viel Erfolg!*

### Rojikurd

Helmet Maroufi ist unter anderem als Leiter der Kurdistan Human Right Organization Rojhelat und für die Website «Rojikurd» tätig und deckt dort fünf der elf Sprachen ab. Weitere Informationen:

- rojhelat.info
- rojikurd.net/de/



# Corona anderswo

Milena Arnold

**Wie Länder des globalen Südens mit der Corona-Krise umgehen, zeigt sich erschreckend am Beispiel Indien. Menschenleere Strassen, stillgelegte Flughäfen und ausgestorbene Schulen; Alltag in Zeiten der Covid-19-Pandemie. Doch während das Leben in der Schweiz langsam zur Normalität zurückkehrt, spitzt sich die Situation in Drittweltländern immer mehr zu, so auch in Indien. Anfang Juni lag die Zahl der an Covid-19 erkrankten Menschen bei 200 000, doch es muss angenommen werden, dass die Dunkelziffer weit über diesem Wert liegt.**

Der Corona-Ausbruch hat verheerende Folgen für Indien. Die Rate der Menschen mit Vorerkrankungen ist überdurchschnittlich hoch. Durch die extreme Luftverschmutzung stieg vor allem die Anzahl Lungenerkrankungen in den letzten Jahren frappant an. Zudem verfügt Indien über ein sehr schlechtes Gesundheitssystem. In Deutschland stehen 8,3 Krankenhausbetten pro 1000 Einwohner zur Verfügung, in Indien sind es nur 0,7 Betten. Doch wenn schon die Gesundheitssysteme in europäischen Ländern wie Italien am Kollabieren sind, wie wird sich die Situation in Indien entwickeln, einem Land, in dem es an Fachpersonal und Infrastruktur mangelt. Die Eindämmung des Virus ist in Indien zusätzlich erschwert, da die Bevölkerungsdichte sehr hoch ist.

## Schwierige Ausgangslage

Die Massnahmen, die von der indischen Regierung gegen die Verbreitung des Virus ergriffen wurden, klingen simpel: Bleiben Sie zuhause! Zuhause bleiben, ein Privileg, das sich nur die Reichsten der Bevölkerung leisten können. Rund drei Viertel der Inder\*innen arbeiten im informellen Sektor, ohne jegliche Versicherung. Sie leben als Tagelöhner, von der Hand in den Mund. Eine soziale Isolation von drei Wochen, wie es verordnet wurde, ist für sie schlichtweg nicht möglich. Ausserdem ist die Situation für die Ärmsten zusätzlich erschwert, da Institutionen, die Nahrungsmittel abgeben, zwangsmässig schliessen mussten.

## Die Zeit drängt

Die indische Regierung versprach, finanzielle Hilfe zu leisten. 20 Milliarden Franken sollten in einem ersten Hilfspaket für die ärmste Schicht investiert werden. Bis solche Massnahmen in die Tat umgesetzt werden können,



Gerade für die ärmsten Einwohner\*innen Indiens ist die Corona-Krise eine existenzielle Bedrohung.

braucht es in Indien meistens lange Zeit. Zeit, die arme Menschen nicht haben, denn der Hunger wartet nicht. Viele Menschen sind verzweifelt und fühlen sich allein gelassen. Die schönen Floskeln des Präsidenten muntern sie auch nicht auf, denn Vertrauen in den Staat haben sie schon lange nicht mehr. So stützen sie sich auf den grössten, wahrscheinlich einzigen Schutz: die Familie. Nach dem Lockdown Ende März begaben sich tausende Menschen zu Fuss auf den mehrtägigen Nachhausemarsch, unter ihnen vielleicht auch das Virus. Letzteres

würde zu einer Katastrophe führen, denn in den Slums und auf dem Land sind die Menschen noch viel weniger auf einen Ausbruch vorbereitet, und Schutzmassnahmen sind schwerer umzusetzen als in der Stadt. Die medizinische Versorgung ist schlechter, der Zugang zu fliessendem Wasser nicht immer gewährt und Hygieneartikel wie Seife und Desinfektionsmittel zu teuer. Ausserdem ist Social-Distancing ein Konzept, das in ärmeren Regionen nicht funktioniert. Oft leben mehrere Generationen unter einem Dach, und die Menschen sind auf den Kontakt mit der Aussenwelt angewiesen. Unter anderem auch, weil dadurch häusliche Gewalt erschwert wird.

# Verantwortung übernehmen

Hannah Locher, Sekretariat der Konzernverantwortungsinitiative

18

**Die Konzernverantwortungsinitiative fordert eine Selbstverständlichkeit: Wenn Konzerne das Trinkwasser vergiften oder ganze Landstriche zerstören, sollen sie dafür geradestehen.**

Glencore vergiftet Flüsse in Kolumbien und die Luft in Sambia. Der Basler Konzern Syngenta verkauft tödliche Pestizide, die bei uns schon lange verboten sind. Und die Manager des Zementriesen LafargeHolcim geschäfteten mit der Terrormiliz IS. Immer wieder machen Konzerne mit Sitz in der Schweiz Schlagzeilen mit solchen verantwortungslosen Geschäften. Sie verletzen die Menschenrechte und ignorieren minimale Umweltstandards.

**Wegschauen darf keine Option sein**  
Die Konzernverantwortungsinitiative fordert, dass Schweizer Konzerne zukünftig für von ihnen oder ihren Tochterfirmen verursachte Menschenrechtsverletzungen und Umweltzer-

störungen geradestehen müssen. Die Initiative greift mit der zivilrechtlichen Haftung auf ein bewährtes Mittel des Schweizer Rechts zurück. Dieser Haftungsmechanismus wird vor allem auch präventive Effekte haben. Denn das Haftungsrisiko wird dazu führen, dass Wegschauen keine Option mehr ist.

Die Manager von grossen Konzernen wissen genau, wo ihre Geschäfte mit den Menschenrechten im Konflikt stehen. Doch anstatt auf hoch problematische Geschäfte zu verzichten, werden lieber gutdotierte «Corporate Social Responsibility»-Abteilungen bezahlt. Dabei steht oft die Imagepflege im Zentrum, statt dass die wirklichen Probleme gelöst werden. Unternehmensgewinn zählt

in manchen Konzernzentralen mehr als der Schutz von Menschen und Umwelt.

## Aufschliessen zum Mittelfeld

In vielen anderen Ländern ist längst Tatsache, was die Initiative für die Schweiz fordert. So laufen in den Niederlanden, in Frankreich oder in Grossbritannien bereits heute Gerichtsprozesse gegen Konzerne wegen Menschenrechtsverletzungen ihrer Tochterfirmen. Die Einhaltung von Menschenrechten und anerkannten Umweltstandards ist nicht die dreiste Forderung einiger Realitätsfremder: Sie entspricht dem internationalen Konsens darüber, was richtig und anständig ist.

## Zug: Hauptsitz von Glencore und Solway

Schaut man sich den Kanton Zug genauer an, stösst man schnell auf den Namen Glencore – einer der grössten



Die riesige Glencore-Mine in Cerro de Pasco, Peru, führt zu Schwermetallvergiftungen der Bevölkerung. Besonders betroffen sind Kinder.

internationalen Rohstoffkonzerne mit Hauptsitz in Baar. Immer wieder macht der Konzern mit negativen Schlagzeilen auf sich aufmerksam. Korruptionszahlungen, Menschenrechtsverletzungen und gravierende Umweltzerstörung gehören zum Geschäftsmodell von Glencore.

In der peruanischen Stadt Cerro de Pasco beispielsweise sind Luft und Wasser mit Schwermetallen vergiftet. Glencore kontrolliert hier die Miningesellschaft Volcan, welche zu den weltweit grössten Produzentinnen von Zink, Blei und Silber gehört. Die Mine produziert zu den niedrigsten Kosten der ganzen Branche. Den Preis dafür zahlen die Menschen mit ihrer Gesundheit. Die Mine führt zu einer extremen Umweltverschmutzung durch Blei, Arsen und viele weitere Schwermetalle. Alles ist vergiftet: Die Luft, der Boden, das Wasser. Die Lebenserwartung der Einwohner/innen ist fünf Jahre tiefer, die Kindersterblichkeit höher als in anderen peruanischen Städten. Gerade für die Kinder haben die Bleivergiftungen dramatische Folgen: Sie führen zu Blutarmut, Behinderungen und Lähmungen. Die Konzernverantwortungsinitiative fordert, dass Glencore für diese Verschmutzungen und Vergiftungen geradestehen muss.

#### Weitere Rohstoffkonzerne in Zug

Die Konzernverantwortungsinitiative würde aber auch dazu führen, dass weniger bekannte Konzerne in Zukunft für Menschenrechtsverletzungen und Umweltzerstörungen geradestehen müssen, die sie verursachen. Beispielsweise die Solway Investment Group mit Sitz in Zug. Bei Recherchen eines investigativen Journalistennetzwerks zur Nickelmine Fénix im Osten von Guatemala wurde aufgedeckt, wie die lokale Tochtergesellschaft von Solway durch die Förderung und Verarbeitung von Nickelerz das Land der Menschen verwüstet, den See verschmutzt und so den Fischern ihre Lebensgrundlage zerstört. ■

#### Interpellation

Am 24. November 2019 reichte die Fraktion der Alternative – die Grünen eine Interpellation betreffend die vergifteten Kinder rund um die Glencore-Mine in Peru ein. Sie wurde am 18.5.2020 vom Regierungsrat des Kantons Zug beantwortet. Im Folgenden die Antwort des Regierungsrates auf drei Fragen der Interpellation. Man findet alle Fragen und die ganze Antwort unter dem Link [kr-geschaefte.zug.ch/gast/geschaefte](http://kr-geschaefte.zug.ch/gast/geschaefte) – Suchnummer 3029 eingeben.

#### Inwiefern können sich Reputationsrisiken für den Kanton Zug negativ auswirken? Wir bitten um Stellungnahmen mit spezifischem Blick auf den internationalen, nationalen und interkantonalen Einfluss der Regierung.

Im Unterschied zu unternehmerischen Risiken, die auch Chancen in sich bergen, haben Reputationsrisiken ausschliesslich negative Aspekte. Daher ist es im Bestreben der Regierung, Reputationsrisiken von vornherein zu vermeiden. Dem Regierungsrat ist es demzufolge ein grosses Anliegen, dass der Zuger Wirtschaftsplatz nicht nur bezüglich wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit, sondern auch hinsichtlich der Einhaltung von rechtlichen Standards zu den besten Wirtschaftsstandorten gehört. Daher fordert der Regierungsrat – wie seit Jahren mehrfach kommuniziert – von allen Repräsentanten der Zuger Wirtschaft und insbesondere auch von den international tätigen Unternehmen, dass sie sich an die Rechtsordnung der Staaten, in denen sie wirtschaftliche Aktivitäten pflegen, sowie an die verbindlichen internationalen Abkommen halten. Zudem haben sie den anerkannten Anforderungen bezüglich Transparenz zu genügen. Sodann leistet der offene und direkte Dialog zwischen den Behörden und den Firmen einen wichtigen Beitrag zur Sensibilisierung auf die Einhaltung von Gesetzen und weiteren Standards. Im Verhältnis zur grossen Anzahl im Kanton Zug ansässiger und tätiger Unternehmen gibt es denn auch wenig strafrechtliche Verfehlungen. Dort, wo es jedoch strafrechtliche Verfehlungen in der Schweiz gibt, sind dem Regierungsrat deren Verfolgung und Aufklärung ein zentrales Anliegen. Die Verfolgung allfälliger im Ausland begangener Delikte ist jedoch wesentlich schwieriger und liegt nicht im Einflussbereich des Zuger Regierungsrats.

#### Sieht der Regierungsrat ein Reputationsrisiko, wenn Glencore von der öffentlichen Hand mitfinanzierte und mitgetragene Veranstaltungen wie beispielsweise das Eidgenössische Äpler- und Schwingfest (ESAF) sponsert?

Nein, der Regierungsrat sieht diesbezüglich keine Reputationsrisiken. Glencore gehört zu den grössten Arbeitgebenden im Kanton Zug, wobei der grösste Anteil der Arbeitsplätze von Schweizerinnen und Schweizern belegt wird. Zudem bietet Glencore seit der Einführung des Zuger Pilotprojekts «Berufsbildung International» in den Bereichen Informatik und kaufmännische Grundbildung, in denen die Firmensprache Englisch ist, nun auch Ausbildungsplätze für Lernende an. Darüber hinaus unterstützt Glencore in vielfältiger und verdankenswerter Weise die hiesige Gesellschaft in sozialen, kulturellen und sportlichen Bereichen.

#### Frühere Artikel

Artikel zu diesem Thema erschienen im BULLETIN 3/2019 und 2/2012. Man kann sie unter [gruene-zug.ch/bulletin/bulletin/archiv](http://gruene-zug.ch/bulletin/bulletin/archiv) nachlesen (Seite 6-7 und 17).

# Erfolgreiche Niederlage

Josef Lang

20

**Im Juni 1989 stimmten 40 Prozent gegen eine Senkung des Steuerfusses. Es war für lange Zeit die letzte Steuersenkung.**

Als die Sozialistisch-Grüne Alternative (SGA) und das Zentralamerikakomitee im Januar 1989 das kantonale Referendum gegen die Senkung des Steuerfusses um 5 Punkte ergriffen, wurde das ausserhalb der eigenen Reihen entsetzt, amüsiert oder ungläubig wahrgenommen. Entsetzt zeigte sich Max Lustenberger, rechtsfreisinniger Kantonsrat und Direktor der Schweizerischen Bankgesellschaft: «Dieses Re-

und Hanspeter Uster gegen die Senkung des Steuerfusses gestimmt. Das Resultat lautete 15 Nein gegen 46 Ja. Die SGA, die vom noch jungen Gleis 3 in Rotkreuz aktiv unterstützt wurde, und das Zentralamerikakomitee brachten die nötigen Unterschriften überraschend leicht zusammen. Der Abstimmungskampf war angesichts der Tatsache, dass niemand eine Nein-Mehrheit erwartete, recht heftig. Die



40 Prozent der Zuger Bevölkerung stimmten 1989 gegen eine Senkung des Steuerfusses, die SGA erzielte daraufhin einen Wahlerfolg und das Thema war für längere Zeit vom Tisch.

ferendum grenzt an einen Missbrauch unserer demokratischen Rechte. Der Stimmbürger wird für ideologische Zwecke an die Urne gerufen. Möge er sich bei den nächsten Wahlen an diesen Leerlauf erinnern.» Der Finanzdirektor und Nationalrat Georg Stucky sah dem Referendum «gelassen und amüsiert» entgegen. Und die ungläubige SP kommentierte das Referendum als kontraproduktiv (ähnlich wie die im gleichen Jahr zur Abstimmung gelangende GSoA-Initiative).

Dabei hatte die SP im Kantonsrat mit dem Vertreter der Bunten Liste, vier Christlichsozialen sowie den beiden SGA-Mitgliedern Madeleine Landolt

Bürgerlichen argumentierten, wie sie es seit Jahrzehnten taten und heute immer noch tun: Von einer Senkung der Steuern profitieren alle. Die Alternativen verwiesen darauf, dass die Senkung des Steuerfusses den unteren und mittleren Einkommen sehr wenig bringt, aber die Boden- und Mietkosten erhöht, Grünflächen für Büros und Geschäfte opfert, reiche Steuerflüchtlinge anzieht und das fiskalische Abzocken der Dritten Welt verstärkt. Dieses weltsolidarische Thema, das durch das damals starke Zentralamerikakomitee verkörpert wurde, nervte die Bürgerlichen, vor allem die Partei mit dem hohen «C» am meisten.

**Achtungserfolg und Trendwechsel**

Am 4. Juni 1989 wurde die Senkung des Steuerfusses von 40 Prozent der Stimmenden abgelehnt. In Zug und Baar betrug die Nein-Anteile sogar 45 Prozent. In seiner 1995 erschienenen Dissertation «Das vermeintliche Paradies» über die Zuger Steuerpolitik schrieb Michael van Orsouw von einem «Achtungserfolg, für den der Begriff eines eigentlichen Trendwechsels nicht vermessen ist». Und er fügte an: «Das ist sehr bemerkenswert, denn es gibt im demokratischen Diskurs nur wenige Geschäfte, die schwieriger zu vermitteln sind, als eben dasjenige, warum eine Steuerfussenkung abzulehnen sei. Doch immerhin 40 Prozent schienen das verstanden zu haben.» Was den Trendwechsel betrifft, hielt der immerhin ein gutes Jahrzehnt an. Die erste Steuersenkung nach 1989 kam im Jahre 2000 im Rahmen einer Totalrevision des Steuergesetzes durch. Die mutigen Alternativen waren in den Herbstwahlen 1990 die grossen Sieger. In der Stadt stieg die SGA von 2 auf 5 Sitze, was umso bemerkenswerter ist, als die Bunte Liste ebenfalls auf 3 Sitze zulegte und die SP ihre 8 Sitze halten konnte. Mit den insgesamt 16 von 40 Sitzen brauchten die drei Oppositionsgruppen nur noch vier Bürgerlichen zu überzeugen, um eine Mehrheit zu haben. Im Kantonsrat gewann die SGA je einen zusätzlichen Sitz in Zug und Baar. Mit den drei neuen Sitzen des Gleis 3 Rotkreuz und der Frischen Brise Steinhausen gab das eine Alternative Fraktion mit 7 Sitzen. Zudem wurde Hanspeter Uster in den Regierungsrat gewählt – auf Kosten der FDP. Verlierer war jener Max Lustenberger, der darauf gesetzt hatte, dass sich die Wähler (und die wohl mitgemeinten Wählerinnen) im folgenden Jahr an das Referendum gegen den Steuerfuss erinnern. Diesbezüglich sollte er bestätigt werden. ■

# Zuger Angola Connection

Luzian Franzini, Kantonsrat ALG

**Sie ist die reichste Frau des afrikanischen Kontinentes: Isabel dos Santos. Die Tochter des ehemaligen angolischen Autokraten José Eduardo dos Santos machte sich als innovative Unternehmerin einen Namen. Über Zuger Briefkastenfirmen liess sie jedoch Staatsgelder in ihre eigenen Taschen fließen. Ein weiteres Beispiel von Korruption, welches durch den Zuger Tiefsteuerwettbewerb noch begünstigt wird.**



Rohstoffreich und trotzdem bitterarm. Gebäude in Huambo, Angola.

Bereits die Paradise Papers bestätigten im Jahr 2011 die Vermutungen, dass die Zuger Quantum-Global-Gruppe der angolischen Staatselite dazu diente, Milliardenbeträge aus Öleinnahmen ins Ausland zu verschieben. Die Luanda Leaks machen das Kapitel nun um eine Episode reicher.

## Systematischer Kapitalentzug

Der Staat Angola ist heute mit 70 Prozent des jährlichen Bruttoinlandsproduktes verschuldet. Dies ist paradox, da die ehemalige portugiesische Kolonie zu den grössten Erdölproduzenten Afrikas gehört und auch Diamantvorkommen aufweist. Dennoch gilt das Land als eines der ärmsten der Welt. Ein Drittel der Menschen leben unter der Armutsgrenze. Das International Consortium of In-

vestigative Journalists (ICIJ) wertete über 700 000 Dokumente aus dem innersten Imperium der Ex-Präsidententochter Isabel dos Santos und ihrem Ehemann Sindika Dokolo aus – und einmal mehr führt eine Spur nach Zug. Eine von einem nicht unbekanntem Zuger Anwalt und CVP-Lokalpolitiker präsierte Holding tätigte zweifelhafte Deals für den Ehemann von Isabel Dos Santos, Sindika Dokolo. Diese Zuger Holding war in die gemeinsame Übernahme einer Genfer Juwelierfirma durch ein angolisches Staatsunternehmen und den Präsidenten-Schwiegersohn sowie bei der Übergabe von Aktien durch den staatlichen Erdölkonzern an Dokolo involviert. Allein die Aktien warfen einen Gewinn von 400 Millionen Euro ab. Wie die zahlreichen Enthüllungen der letzten

Jahre zeigten, ist dies kein Ausnahmefall, sondern ein kalkulierter Teil der Zuger Tiefsteuerstrategie. Je nach Schätzungen verliert der afrikanische Kontinent jedes Jahr zwischen 9 und 100 Milliarden Dollar aufgrund der Schweizer Tiefsteuerstrategie und der hier ansässigen Unternehmen. Dagegen erscheinen die 3 Milliarden Franken Entwicklungshilfe lächerlich klein. Nebst dem Entzug von Kapital aufgrund von multinationalen Rohstoffunternehmen, welche dank Steueroptimierungen in den rohstoffreichen Ländern teilweise keine Steuern zahlen, ist auch die Korruption ein entscheidender Bestandteil davon.

## Nötig: Mehr Transparenz und Sorgfalt

Dabei könnte viel dagegen getan werden. Fritz Brugger, Professor für Entwicklungsökonomie an der ETH Zürich, plädiert für mehr Transparenz bei Holdings. Er schlägt vor, dass Holdings offenlegen müssen, wer die wirtschaftlichen Eigentümer hinter ihren komplexen Strukturen sind. Dann wäre schneller klar, wie die internationalen Geldflüsse verlaufen, und sie wären einfacher zu überprüfen. Zudem bräuchte es strengere Sorgfaltspflichten beim Umgang mit sogenannten «politisch exponierten Personen», also solchen, die hohe staatliche Ämter innehaben oder zum engen persönlichen Umfeld von hohen Amtsträgern gehören. Im Ausland funktionieren solche Warnsysteme bereits. So hatte die Deutsche Bank Überweisungen von dos Santos' Ehemann schon vor Jahren blockiert. In Zug konnte er weiterhin ungestört seine Deals abwickeln.

Bei der aktuellen Revision des Geldwäschereigesetzes geht es unter anderem darum, strengere Sorgfaltspflichten für Berater zu verankern. Wohl nicht ganz ohne Eigeninteresse wollte ausgerechnet die Zuger SVP mit einer Standesinitiative gleich das ganze Geldwäschereigesetz abschaffen. ■

# Grün wäre möglich

BULLETIN-Redaktion

22

**Aus einem Workshop entstand 1993 eine Arbeitsgruppe, die das innerstädtische Grün in der Stadt Zug näher unter die Lupe nehmen wollte. In der Ausgabe 2/1993 des BULLETIN wurde darüber berichtet. Wir vergleichen ausgewählte Standorte von damals mit der heutigen Bepflanzung.**

Die AutorInnen von damals haben sich die Mühe gemacht, das städtische Grün zu dokumentieren. Diese Studie haben sie 1993 dem Stadtrat zugestellt mit der Bitte, bei der Grünplanung – auch im Zusammenhang mit Bauvorhaben – vermehrt ökologische Standpunkte zu berücksichtigen und entsprechende Konzepte zu erstellen. Hier noch einmal die wichtigsten Forderungen im Zusammenhang mit einer städtischen Bepflanzung, die auch heute noch gelten könnten: Auch kleine öffentliche Grünflächen als gestaltbaren Raum auffassen. Priorität für Futterpflanzen und Vielfalt; keine Platzflächen, die des «schlechten Grüngewissens» wegen mit Töpfen überstellt werden. Wo Pflanzentröge unumgänglich sind: ökologisch sinnvoll bepflanzen. Generell vielfältige Bepflanzungen verlangen, Wildsträucher fördern, in Rabatten und unter Strassenbäume systematisch Wildpflanzen setzen. Für Bäume müssen bereits in den Bebauungsplänen genügend tiefe Baumgruben (Humus) und Abstände zwischen den Bäumen

einberechnet werden. In Wohngebieten und an ausgewählten Orten Obstbäume fördern.

## Dringlichkeit wächst

In den vergangenen 27 Jahren hat die Klimapolitik an Bedeutung gewonnen, Biodiversität und urban gardening ist in aller Munde. Die Wichtigkeit der Begrünung der Städte ist im Zusammenhang mit dem sich verändernden Klima und der anwachsenden Bevölkerung in Städten noch dringlicher geworden: Die Vegetation reinigt die Luft von Schmutzstoffen und verbessert so die Luftqualität. Bäume und Sträucher führen dazu, dass sich Städte in den Sommermonaten nicht allzu sehr erhitzen. Ferner hat eine vielseitige Vegetation einen positiven Effekt auf die Lebensqualität der Menschen. Wie viel Veränderungen im Grün der Stadt Zug haben die damaligen Vorschläge bewirkt? Wie sieht die Situation heute aus? Unsere fünf Beispiele zeigen, dass weiterhin Handlungsbedarf besteht.

## BULLETIN-Archiv

Auf folgender Website befinden sich digitalisierte BULLETIN-Ausgaben bis ins Jahr 1993 zurück. Ältere Ausgaben kann man in der Bibliothek Zug einsehen.  
[gruene-zug.ch/bulletin/bulletin/archiv](http://gruene-zug.ch/bulletin/bulletin/archiv)



Platz bei der Liebfrauenkapelle/Casino: Die AutorInnen von damals hätten die Sitzgelegenheit demontiert, weil sie sich nicht vorstellen konnten, dass dieser Platz zum Sitzen nett sein kann. Das kann man aus der Perspektive von damals verstehen. Heute ist die Linde eine Augenweide, aber der Platz hat noch immer nicht den Stellenwert, den er haben könnte. Die Sitzgelegenheit wird wenig genutzt, weil der Platz darum herum weit und breit der einzige praktische Veloabstellplatz ist.



Schon damals schrieb man: Die Seestrasse beim Restaurant Löwen mit lauter Lorbeer. Das offenbar ästhetisch begründete Verlangen nach Ordnung, nach einem «gartenarchitektonischen Konzept»? An diesem Konzept scheint in den letzten 27 Jahren nicht gerüttelt worden zu sein. Die Lorbeere bestimmt noch immer die Gestaltung an der Seestrasse und sie bietet noch immer keinen grossen ökologischen Wert. Die Tipps damals wie heute lauten: Bewusstsein über den Nutzen der Vielfalt schärfen, auf Bepflanzungen mit ausschliesslich Immergrün verzichten, Wildsträucher berücksichtigen.

23



Der Baum in der Schmidgasse, der nicht mehr ist. Man hat ihm damals zu wenig Lebensraum attestiert und schrieb von Fehlplanung. Da ist was dran. Das Alibigrün bei der Parkhauseinfahrt löst nicht wirklich Begeisterungstürme aus. Anstatt die Fehlkalkulation der Baumgrube zu beheben, wird das Problem durch Eliminierung gelöst.



Der Postplatz ist das gelungenste Beispiel. Nicht wegen der Bepflanzung, sondern durch den wiedergewonnenen Platz für alles, was nicht vier Räder hat. Bravo!



Bahndamm Gotthardstrasse West: Damals eine riesige Betonfläche, die nur sehr mager begrünt wurde. Heute durch «Nachrüsten» und «Wildwuchs» optisch passabel, dennoch... Diversität sieht anders aus.

# Elend der rechten Demagogen

Grünspecht – ein kritischer Vogel

## 24 Die Corona-Pandemie hat vieles zum Vorschein gebracht – unter anderem die Hilflosigkeit und ideologische Engstirnigkeit der populistischen Politiker und Parteien am rechten Rand.

Die Mannen der Volkspartei haben mitten in der Corona-Krise mit einer schweizweiten Inseratekampagne zugeschlagen: «Mit dem fast kompletten Lockdown wird unsere ganze Wirtschaft zugrunde gerichtet.» Das



ist nicht nur übertrieben, sondern es ist doppelt falsch. Viele Frauen und Männer in diesem Land haben aus dem Home-Office gearbeitet; die Versorgung der Bevölkerung war nie gefährdet, unsere Infrastrukturen funktionierten bestens. Ein kompletter Stillstand – völliger Blödsinn.

Eine zugrunde gerichtete Wirtschaft – nochmals völliger Blödsinn. Seit der Finanzkrise 2007 bis 2009 ist das Bruttoinlandprodukt der Schweiz (BIP) jedes Jahr zwischen 1 und 3 Prozent gewachsen. Mit dem prognostizierten Rückgang von gegen 7 Prozent in diesem Jahr liegt diese Kennzahl noch immer über dem Wert von 2010. Und damals war die Wirtschaft nicht am Boden; am Boden waren höchstens ein paar Finanzinstitute, deren weit überbezahlte Ma-

nager ihre Firmen mit Spekulationen damals in den Ruin oder beinahe in den Ruin getrieben hatten und die vom «bösen» Staat gerettet werden mussten.

### Der Staat und die Menschen haben die Krise gemeistert

Die Schweiz – wie viele andere Länder um uns herum (zu den anderen komme ich später) – hat mit Milliardensummen wesentlich dazu beigetragen, dass wir die Krise weitgehend gut gemeistert haben. Überbrückungskredite, Kurzarbeit statt Entlassungen, Finanzhilfen, schrittweise Lockerungen der Beschränkungen sind nur einige Stichworte. Aber den Mannen am rechten Rand kann das nicht recht sein. So schreibt ihr Vordenker Christoph Blocher in der «Zuger Woche», dass die staatlichen Eingriffe letztlich zu «Arbeitslosigkeit, Armut und Elend führen». Nochmals Blödsinn – die staatlichen Unterstützungsmassnahmen, der ausgebaute Sozialstaat, funktionierende Hilfswerke und die breite Solidarität in der Schweizer Bevölkerung haben gerade Not und Elend vermieden. Solidarität und Gemeinschaftssinn ist für die Rechten sowieso ein Schimpfwort – ausser es geht gegen Ausländer.

Man kann und muss aus grüner Sicht an einzelnen Massnahmen Kritik üben – Milliarden für die Luftfahrt ohne Vorgaben fürs Klima sind rückwärtsgewandt. Überhaupt ist der Grünspecht der Ansicht, dass mit den vielen Milliarden zu wenig an die Zukunft gedacht wurde. Die Verknüpfung mit einer zukunftsgerichteten Wirtschaftspolitik, welche die Klima-herausforderungen einbezieht, wurde verpasst. Fazit «Chance vertan». Zwar sprach der Bundesrat oft von einer «neuen Normalität». Es bleibt

der Eindruck, dass die bürgerliche Mehrheit im Bundeshaus und in vielen Kantonen vor allem die Rückkehr zur «alten Normalität» anstreben.

### «The Great Dictator» Alain Berset

Angesichts der recht erfolgreichen Corona-Politik der Landesregierung greifen die Rechten tief in die Verleumdungskiste. Markus Som, Kolumnist und Blocher-Biograph, verunglimpft Alain Berset als Diktator. Und der 2019 abgewählte SVP-Nationalrat Claudio Zanetti holte auf nach die Sozialismuskeule hervor: «Berset ist Sozialist. Darum kann er kein Glas Wasser einschenken, ohne damit eine politische Absicht zu verfolgen. So dient auch die Verklärung der Wissenschaft einem politischen Ziel: Damit soll Kritikern die Argumentationsgrundlage entzogen werden.» Die Wissenschaft in Zweifel zu ziehen, gehört seit jeher zum Instrumentenkasten aller Politiker am rechten Rand. Aktuell in der Gesundheitspolitik, seit Jahren in der Klimapolitik. Die wahre Gefahr, die von den Rechten ausgeht, ist die Leugnung naturwissenschaftlicher Erkenntnisse. Wissenschaftliche Szenarien werden lächerlich gemacht.

Das wahre Elend, für welches die rechte Machtelite verantwortlich ist, lässt sich in Grossbritannien, in den USA und in Brasilien aufzeigen. In diesen Ländern sind die Infektionsraten und die Zahl der Todesopfer vergleichsweise sehr hoch. Zwei Millionen Infektionen, über 100 000 Tote in den USA; 700 000 Infektionen und 40 000 Tote in Brasilien. Fern jeder Ideologie, die Zahlen lügen nicht. Not und Elend – das ist das Ergebnis rechter Politideologen, die sich permanent als «great» selber loben, aber wenig zustande bringen. ■





Corona? Danke, es geht mir gut. Ich lebe in der Schweiz, die Massnahmen des Staates gegen die Gefahr einer Epidemie haben sich bis jetzt bewährt und falls mir dann doch etwas passieren sollte, haben wir ein gut ausgebautes Gesundheitssystem. Ich bin privilegiert. Bin weder Flüchtling, Asylsuchender, Armutsbetroffener noch irgendeinem Diktator ausgeliefert. In unserem Paradies gibt es andere Schmerzen: Die Scham, dass wir nicht mehr, bessere, fairere Aktionen stärken und Massnahmen treffen oder unterstützen für Flüchtlinge, Asylsuchende, Armutsbetroffene. Auch andere Nachrichten haben mich im Home-Office erreicht und Fragen aufgelöst. ■

In Bern wurde für die strategischen Diskussionen ein Ad-hoc-Krisenstab zusammengestellt. Vertreten darin sind die Wissenschaft, die Wirtschaft und die sogenannte Zivilgesellschaft (Detailarbeit wurde auch in x weiteren Krisenstäben geleistet). Interessant: Der Ad-hoc-Krisenstab besteht aus 12 Männern und 2 Frauen. Eine Vertretung der Pflege fehlt. Im zugeordneten Soundingboard («Leitung Kontaktstellen KSBC») sind die Arbeitgeber dabei, nicht aber die Arbeitnehmerinnen – die Gewerkschaften. Und auch hier fehlt die Pflege. Da fehlen tatsächlich wesentliche Inputs und

Rückmeldungen über Wirkungen und Nebenwirkungen der verordneten Massnahmen! ■

Wer hat ihn versteckt? In welcher Schublade? Im Influenza-Pandemieplan Schweiz (5. Auflage 2018) ist klar festgehalten, wer wann was zu tun hat, wenn aus der übrigen Welt Informationen über mögliche, noch nicht bekannte Infektionskrankheiten eintreffen. Pandemieplan ungelesen. Was braucht also das BAG? Lesebrillen? ■

Was war eigentlich Thema vor Pandemie? Ach ja, Klimakrise. Bringen Milliardenhilfen für die Wirtschaft den Klimaschutz voran? Wird die Milliardenhilfe für Swiss und Edelweiss an Klimaschutzziele geknüpft? Denkste! ■

Aeschi. Welcher Aeschi? Thomas Aeschi, der NR, wer denn sonst? Ja welcher denn? Der, der die Session wegen Corona unbedingt sofort abbrechen wollte oder der, der plötzlich – entgegen der ersten Stellungnahmen der SVP – eine Sondersession wollte? Das ist ein und dieselbe Person? Fieht aus der Session nach Hause, will aber nicht, dass der Bundesrat vorübergehend den Laden allein schmeisst? Und ja, er moniert, dass kritische Güter fehlten (Schutzkleidung). Hat nicht auch die SVP immer die Privatisierung unterstützt und

somit das staatliche Ethanolager (Privatisierung der Eidgenössischen Alkoholverwaltung) aufgelöst? ■

Chlorothalonil wird verboten. Die Unterstützer der Initiative für sauberes Trinkwasser sehen die Dringlichkeit ihres Anliegens bestätigt. Syngenta hat beim Bundesverwaltungsgericht Beschwerde gegen das Verbot eingereicht. Unter anderem weil der Stoff «nur» im Verdacht stehe, «möglicherweise» krebserregend zu sein, und vom Bund letztes Jahr noch als ungefährlich eingestuft worden sei. ■

Eine abgesagte Mahnwache, ein Strafverfahren wegen «andauernden Klingelns» an einer Velo-Demo und eine Busse für die Organisatorinnen des Frauenstreiks. Der Umgang der Zuger Polizei mit politischen Grundrechten sorgt für politischen Zündstoff. Jetzt gelobt die Regierung Besserung. Wirklich? ■

Selten so gelacht: Am 12. Mai berichtet uns die «Zuger Zeitung» über «Einsatzkräfte» der Polizei, welche eine Autofahrerin stoppen konnten. Sie hatte den Motor aufheulen lassen. Hallo, wo seid ihr denn? Das passiert doch in der Stadt Zug täglich hundert Mal! Unnötiger Lärm, verboten. Aber das kümmerte doch bisher niemanden? Harmlose Autoposer? ■

Der Sommer kommt. Und mit ihm die Motorboote und die Motorbootposser auf dem Zugersee. Im März 1973 wurde abgestimmt über eine Initiative zum Verbot von Motorbooten auf den Zuger Seen. Abgelehnt mit 9724 Nein gegen 8597 Ja. Wollen wir das Thema wieder einmal aufnehmen? Oder der Polizei einen passenden Auftrag (Lärmschutz) geben? ■

Das hatten wir doch schon einmal: Zug ist Spitze bei den übermotorisierten Autos. Und der Regierungsrat prüft Massnahmen, arbeitet an Konzepten und in der Praxis passiert nichts. Und auf Autoheckscheiben sehe ich den Kleber «Fridays for Hubraum». Bin ich im falschen Film? ■



26

**African Mirror**

Montag, 13. Juli  
20 Uhr, Kino Gotthard Zug

René Gardi war der Mann, der in den 50er- und 60er-Jahren Afrika in die Schweizer Wohnstuben holte. In unzähligen Produktionen schwärmte er von den schönen, nackten Wilden. Er kreierte mit seinem Werk Kolonien für die Schweiz, deren damalige Haltung heute oft als «Kolonialismus ohne Kolonien» bezeichnet wird. Die Filmmontage aus Gardis umfassendem Nachlass lädt ein, damalige Betrachtungsweisen kritisch zu hinterfragen und zu erkennen, wie Filme entstehen. Die ambivalenten Bilder spiegeln unser europäisches Selbstverständnis und prägen bis heute ein teils problematisches Afrikabild. Eine intensive Zeitreise, die ungläubig Augen und Ohren staunen lässt. Mischa Hedinger ist anwesend für Q&A.

**Paths of Life**

Montag, 14. September  
20 Uhr, Kino Gotthard

Die Wege des Lebens sind verschlungen, selten vorhersehbar und enden manchmal abrupt. Wie gehen Menschen damit um? Die Protagonisten des Films zeigen, wie es ihnen gelungen ist, aus Lebenskrisen herauszufinden, Ballast abzuwerfen und neue Wege zu beschreiten. Dabei kommen kreative Elemente, Abspaltungsrituale und rigorose Befreiungsaktionen zum Zuge. Denkanstösse eines mitwirkenden Philosophen regen zu Veränderung an. Ein positiver Film, der Mut macht, seinem inneren Ruf zu folgen und seinen Weg zu gehen, selbst wenn das Ziel noch nicht erkennbar ist. Thomas Lüchinger ist anwesend für Q&A.



Freundlich Grüsse  
Elke Mangelsdorff  
FLIZ FilmLiebhaberInnen  
Zug



**Mittwoch, 1. Juli 2020**  
**Alternative Monatsbar,**  
**im Siehbachsaal Zug**  
Gute Gespräche und feines Essen.  
Ab 18.30 Uhr

**Mittwoch, 2. September 2020**  
**Alternative Monatsbar,**  
**im Siehbachsaal Zug**  
Gute Gespräche und feines Essen.  
Ab 18.30 Uhr

**Tagesaktuelle Übersicht der**  
**Veranstaltungen finden Sie**  
**unter: [gruene-zug.ch/event](https://gruene-zug.ch/event)**

**Wer schaut uns auf die Tasten?**

Fallen dir Rechtschreibfehler und mangelhafte Interpunktion auf und macht es dir Spass, dich damit zu beschäftigen? Liest du gern interessante und kritische politische Texte?

Dann brauchen wir dich! Wir suchen eine oder mehrere Personen, die Lust haben, mit kritischem Auge am Schluss der Redaktionsarbeit über unsere Texte zu gehen. Viermal jährlich stellt das Redaktionsteam eine Bulletin-Ausgabe zusammen, die dann korrigiert werden muss. Du hast etwa eine Woche Zeit und kannst dir die Arbeit selbst einteilen. Interessiert? Dann melde dich doch unverbindlich beim Bulletin-Redaktionsteam: [bulletin\\_redaktion@bluewin.ch](mailto:bulletin_redaktion@bluewin.ch)



## Die Alternativen im Kanton Zug

### Alternative – die Grünen Zug

Metallstrasse 5, 6300 Zug  
041 711 99 09  
www.alternative-zug.ch  
info@alternative-zug.ch

Unser Büro ist bis am  
3. August 2020 nicht besetzt.

### Alternative – die Grünen Baar

Anna Lustenberger-Seitz  
info@alternative-baar.ch

### Alternative – die Grünen Menzingen

Barbara Beck-Iselin  
b.beck-iselin@bluewin.ch

### Alternative – die Grünen Unterägeri

Cornelia Mayinger  
cornelia.mayinger@datazug.ch

### Alternative – die Grünen Stadt Zug

Metallstrasse 5, 6300 Zug  
info@alternative-stadt.ch

### Forum Oberägeri

Philipp Röllin  
roellin.ph@bluewin.ch

### Grünes Forum Hünenberg

Rita Hofer  
rita\_hofer@bluewin.ch

### Grüne Risch-Rotkreuz (ehemals Gleis 3 Alternative Risch)

Hanni Schriber-Neiger  
hanni@schribers.ch

### Grüne Steinhausen

Edith Seger Niederhauser  
Postfach 123  
6312 Steinhausen  
steinhausen@gruene-zug.ch

### Junge Alternative Zug

Konradin Franzini und  
Gurbetelli Yener  
Metallstrasse 5, 6300 Zug  
junge@alternative-zug.ch

### Krifo Alternative Cham

Roman Ambühl  
cham@alternative-zug.ch

### Alternative Grüne Fraktion im Kantonsrat

alternatifraktion.ch

### Grüne Partei Schweiz

gruene.ch



**Facebook**  
fb.com/AlternativeZug



**Twitter**  
@AlternativeZG



**Instagram**  
@alternativegruene



**WhatsApp-Newsletter**  
Sende deinen Namen per  
WhatsApp an 079 519 81 91



Namentlich gezeichnete Artikel unterliegen der alleinigen Verantwortung der AutorInnen. Die Inhalte der Artikel entsprechen nicht in jedem Fall der Meinung des Vorstands oder der Fraktion der Alternativen – die Grünen.

**BULLETIN**  
Bulletin Nr. 2, 4.7.2020  
erscheint viermal jährlich.

**Herausgeber:**  
Verein DAS BULLETIN

**Adresse:**  
BULLETIN Alternative –  
die Grünen Kanton Zug,  
Metallstrasse 5, 6300 Zug

**Redaktion:**  
Natalie Chiodi, Luzian  
Franzini, Hansjörg Glauser  
Hansruedi Küttel, Lorenzo  
Martinoni

**Kontakt:**  
bulletin\_redaktion@bluewin.ch

**Lektorin:** Kathrin Graffe

**Gestaltungskonzept:**  
S.H.E.D. GmbH

**Produktion:**  
Satz, Bild und Druck:  
DMG Zug, dm.g.ch

Gedruckt auf Refutura GSM,  
100% Altpapier, Blauer  
Engel, FSC-zertifiziert

**Titelbild:** Andreas Busslinger  
**Nutzaufgabe:** 800 Ex.

Abonnement: Fr. 25.–  
KleinverdienerInnen: Fr. 10.–  
Unterstützungsabo: Fr. 50.–  
Mitglieder der Junge Grünen  
erhalten das BULLETIN gratis  
Mitgliederbeitrag Verein  
DAS BULLETIN: Fr. 100.–

**Einzahlungen auf:**  
Verein DAS BULLETIN,  
6304 Zug, PC 60-30584-6

**Redaktionsschluss**  
**Nr. 3/2020:**  
Freitag, 2. September 2020

**Erscheinungsdatum**  
Samstag 26. September 2020

**DAS BULLETIN**  
bulletin-zug.ch

P.P. 6300 ZUG Post CH AG

Adressberichtigungen melden:  
Alternative - die Grünen Zug,  
Metallstrasse 5, 6300 Zug  
[info@alternative-zug.ch](mailto:info@alternative-zug.ch)

